

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badisches Volksecho. 1946-1950 1950**

129 (9.6.1950)

# BADISCHES VOLKSECHO

Verlag: Badische Zeitungsverlags-Gesellschaft m. b. H., Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Chefredakteur: Willy Grimm. Vertriebsfilialen: Mannheim-Neckarstadt, Mittelstraße 38, Ruf Nr. 509 35, Heidelberg, Rohrbacher Str. 13-15, Ruf 3421/25-01, Karlsruhe, Amalienstraße 69, Ruf 4023, Pforzheim, Westl. 77, Ruf 2596, Weinheim, Hauptstr. 88, Ruf 2419.

Volkzeitung für Baden

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,65 zuz. DM -54 Zustellgebühr. Bankverbindung: Allg. Bankgesellschaft Mannheim, Kto.-Nr. 14 77, Stadt Sparkasse Mannheim, Kto.-Nr. 27. Postscheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegengenommen in Mannheim, S. 3, 10, Ruf 432 60, und in den Vertriebsfilialen.

Jahrgang 5 — Nr. 129

Freitag, 9. Juni 1950

Preis 15 Pfg.

## Bringt den Appell von Stockholm:

# In jeden Betrieb - In jedes Haus!

Frankfurt. (EB.) Der Arbeitsausschuß des Komitees der Kämpfer für den Frieden in Westdeutschland tagte am 5. Juni 1950 in Bad Godesberg und nahm u. a. Stellung zu der Londoner Konferenz der Außenminister der Atlantikpaktstaaten zum Schuman-Plan und zu der damit verbundenen Verschärfung der Kriegsgefahr. Im Mittelpunkt der Beratung stand die internationale Friedenskampagne zur Unterschriftensammlung entsprechend dem Appell von Stockholm. Nach einem Bericht über die Landesfriedenskongresse

in Westdeutschland und dem Stand der Unterschriftensammlung sprach der Ausschuss allen Friedenskämpfern für ihre aktive Arbeit bei der Unterschriftensammlung und bei der Entfaltung der Friedensbewegung, den Dank aus. Der Ausschuss beschloß, die entscheidende Bedeutung des Appells von Stockholm im Kampfe um den Frieden, gegen die immer mehr gesteigerten Vorbereitungen eines neuen Krieges, noch stärker als bisher allen Menschen bekannt zu machen und richtete an alle, die den Frieden wollen, den folgenden Appell:

Die Wissenschaft hat einen gewaltigen Schritt vorwärts getan. Den Menschen ist die Kraft, die die Sonne und die Sterne des Weltalls bewegt, durch die Erforschung der Atomenergie in die Hand gelegt worden.

Die weltbewegende Atomenergie ist aber nicht nur in den Händen der Hoffenden, die in die Zukunft schauen, die nach tausenden Jahren Menschheitsgeschichte den Beginn eines neuen Zeitalters erstreben, das allen Menschen ein reiches, glückliches Leben in Wohlstand und Sicherheit bei freier Entfaltung aller Kräfte verheißt. Auch diejenigen haben die Atomenergie in der Hand, die stets rückwärts schauen, die nur danach trachten, ihre schwindende Macht und ihre unsicheren Positionen zu halten. Sie sind bereit, für ihre Interessen die Völker in einen neuen verheerenden Krieg zu stürzen. Sie treiben die Ausgaben für Rüstung und Kriegsvorbereitungen in eine noch nie dagewesene Höhe hinauf, vergrößern die Heere und Luftflotten, betreiben eine Politik der totalen Kriegsvorbereitung und hämmern den Völkern durch Presse und Rundfunk die angebliche Schicksalhaftigkeit und Unvermeidlichkeit eines neuen Krieges ein, um ihn ungestört vorbereiten zu können. Sie bauen Atombomben und

drohen den Menschen: „Ich werde, wenn es notwendig ist, den Befehl zum Abwurf der Atombombe geben.“

Die Hoffenden, die den Frieden wollen, die das anbrechende Zeitalter des Wohlstandes, der Sicherheit und der Freiheit ersehnen, sind aber die große Mehrheit.

Die Unterschriftensammlung für den Frieden, die Landesfriedenskongresse in

Westdeutschland und der Kongreß junger Friedenskämpfer in Berlin sind Ausdruck des Aufbegehrens des deutschen Volkes gegen die Absicht, den Aufbau eines neuen Lebens wieder durch einen neuen Krieg abzuwürgen.

Mehr als zwei Millionen Menschen haben in Westdeutschland bereits ihre Unterschrift unter den Appell von Stockholm gesetzt. Sie haben damit an einem Brennpunkt der

Kriegsvorbereitung einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung des Friedens geleistet. Sie haben den Kriegsvorbereitern den Friedenswillen des Volkes entgegengestellt. Aber viele Millionen hatten bisher noch keine Gelegenheit ihren Friedenswillen zu bekunden.

In jedem Haus sind die Frauen und Mütter, die Väter und Söhne gewillt, ihre Unterschrift für das Verbot der Atombombe gemäß dem Appell von Stockholm zu geben. In jedem Haus warten sie darauf, gemeinsam mit allen Menschen der Welt durch ihre Unterschrift diejenige Regierung, die es je wagen sollte, als erste die Atomwaffe gegen irgendein Land anzuwenden, zu verurteilen.

Bringt deshalb jetzt den Appell von Stockholm zur Unterschrift in jeden Betrieb und in jedes Haus!

Komitee der Kämpfer für den Frieden in Westdeutschland:  
Dr. H. von Hatzfeld  
Vorsitzender

## Verstärkt den Kampf für den Frieden

Erklärung des Landesvorstandes der KPD Südbaden zum Verbot von „Unser Tag“

Freiburg. (EB.) Die französische Militärregierung hat die Volkszeitung „UNSER TAG“ unter Berufung auf das Gesetz 5 der Hohen Kommissare für 14 Tage verboten, weil die Zeitung die Arbeiter des Wessental aus gegebener Veranlassung zur Wachsamkeit gegen Kriegsvorbereitungen in den Betrieben aufrief. Die Warnung der Zeitung an die Werktätigen, auf die Herstellung von Rüstungsgut zu achten, ist nach der Auffassung der französischen Militärregierung eine Aufforderung zur Arbeitsverweigerung und eine Aufwiegelung der Bevölkerung, wodurch die Sicherheit der Besatzungsmacht bedroht sei.

Die französische Militärregierung bestreitet nicht, daß Zulieferungen zur militärischen Aufrüstung der Westmächte in Südbaden vorgenommen werden. Sie verbietet aber eine Zeitung, die solche Kriegsvor-

reitungen feststellt. Wir sehen in diesen diktatorischen Maßnahmen den Versuch, den Kampf um die Erhaltung des Friedens aufzuhalten. Die Freunde des Friedens aber, zu denen

alle Kommunisten gehören, werden den Absichten, Westdeutschland mit allen Mitteln in die Kriegsvorbereitung einzuordnen, entschlossen entgegenzutreten. Die Werktätigen Südbadens werden mit äußerster Aufmerksamkeit darauf achten, daß in den Betrieben nur für den Frieden gearbeitet wird und jede Produktion von Kriegsmaterial, auch die Lieferung von Einzelteilen an ausländische Montagebetriebe, ablehnen.

Das Verbot von UNSER TAG, der einzigen südbadischen Zeitung, die unerschrocken gegen die Kriegsgefahr kämpft, muß eine Verstärkung der Anstrengungen aller Friedensfreunde auslösen, eine erhöhte Wachsamkeit in den Betrieben, eine intensive Steigerung der Unterschriftensammlung gegen Atombombe und Krieg.

Der Kampf um die Erhaltung des Friedens liegt sowohl im Interesse des deutschen wie des französischen Volkes, im Interesse aller Völker. Allein der entschlossene Widerstand gegen alle Kriegsvorbereitungen verhindert einen neuen Weltkrieg. Nur so wird den Kriegstreibern und ihren Helfershelfern das Handwerk gelegt, die nicht davor zurückschrecken, erneut unabsehbare Elend und grauenhafte Vernichtung über die Völker heraufzubeschwören.

Die KPD Südbadens fordert darum die sofortige Aufhebung des Verbots der Volkszeitung „UNSER TAG“, die durch den Aufruf an die Arbeiterschaft, Kriegsvorbereitungen zu verhindern, dem Friedenswillen unseres Volkes Ausdruck gab.

Landesvorstand der KPD Südbaden

## Das Ergebnis einer folgerichtigen Politik

Delegation der DDR aus Polen zurückgekehrt  
Abkommen im Geiste freundschaftlicher Zusammenarbeit abgeschlossen

Berlin. (EB.) Die Delegation, die unter Führung des stellvertretenden Ministerpräsidenten, Walter Ulbricht, in Warschau weilte, ist am Mittwoch zurückgekehrt. Walter Ulbricht betonte bei seiner Rückkehr, daß die Verhandlungen zu einer weiteren Festigung des Friedens und zu einer wesentlichen Vertiefung der freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen dem polnischen und dem deutschen Volk geführt haben.

Bei den Verhandlungen in Warschau wurden folgende Abkommen unterzeichnet:

1. Ein Abkommen über die Festigung des Friedens und der weiteren freundschaftlichen Zusammenarbeit.
2. Ein großes Handelsabkommen.
3. Abkommen über gegenseitige wissenschaftliche und technische Hilfe.
4. Ein Kreditabkommen außerhalb des Handelsabkommens.
5. Ein Kulturabkommen.
6. Ein Finanzabkommen.

Die Delegation wurde am Mittwoch vom Staatspräsidenten Wilhelm Pieck empfangen. Walter Ulbricht berichtete hierbei über eine weitere Vereinbarung, die vorsieht, daß eingehende Besprechungen über einen Fünf-Jahres-Außenhandelsplan zwischen der DDR und Polen stattfinden werden, sobald der Fünf-Jahresplan in der DDR im wesentlichen vorbereitet ist.

Am Dienstag wurde in Warschau ein offizieller Staatsakt gegeben, in dessen Rahmen

die Unterzeichnung der Abkommens stattfand.

**Ein Verhältnis der Freundschaft**

Bevor die Delegation die polnische Grenze überschritt, richtete sie an den Präsidenten Bierut und an den Ministerpräsidenten Cyrankiewicz ein Telegramm, in dem sie herzlich für den Empfang und für den freundschaftlichen Gang, in dem die Verhandlungen geführt wurden, Dank sagte. „Wir sind fest überzeugt, daß durch diese Abkommen mit Polen ein neuer Abschnitt in dem Verhältnis zwischen dem polnischen und deutschen Volke eingetreten ist.“

Ministerpräsident Grothowal stellte auf

**Unerhörte Urteilsbegründung**

Hamburg. (EB.) Das Amtsgericht Hamburg verkündete heute das Urteil im Hamburger Prozeß gegen die Antidemontage- und gegen die Friedensbewegung. Der Chefredakteur der „Hamburger Volkszeitung“ wurde zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Dieses Urteil fordert alle deutschen Patrioten und alle Friedensfreunde zum schärfsten Protest heraus. Es ist verhängt von einem Gericht in Hamburg, in derselben Stadt, wo ein Veit Harlan, ein Mitarbeiter von Josef Goebbels bei der Produktion von volksverhetzenden und in ihrer Auswirkung mörderischen Filmen zweimal freigesprochen wurde.

dem Empfang beim Präsidenten Wilhelm Pieck fest, daß es sich nicht um Einzelvorgänge gehandelt habe, sondern daß alle Verträge das Ergebnis einer folgerichtigen und klaren Politik, die auf die Freundschaft mit Polen und mit allen friedliebenden Ländern ausgerichtet ist. Die gleiche Kommission werde den Auftrag erhalten, ähnliche Verhandlungen, beispielsweise mit Ungarn und der Tschechoslowakei, zu führen und es sei in der Öffentlichkeit kein Geheimnis mehr, daß diese Delegation auch im Auftrag der Regierung der DDR nach China fahren werde.

## Ein Eingeständnis des Finanzministers

Begrenzung der Besatzungskosten ist Schwindel / Die Hohen Kommissare haben sich alle Türen offen gelassen

Bonn. (EB.) Die Protokollverwaltung des Herrn Dr. Adenauer und die ihr hörige Presse, aber auch die Zeitungen der rechten SPD-Führung gefielen sich seit langem in der Behauptung, die anglo-amerikanische Besatzungsmacht hätte die Höhe der Besatzungskosten durch ein „Abkommen“ mit Dr. Adenauer fest begrenzt. Die Denkschrift, die Dr. Schäffer über die Haushaltlage des Bundes und der Länder herausgab, muß in einer Anlage über die Besatzungskosten eingestehen, daß das alles purer Schwindel ist.

Es liegt zwar, heißt es dort, ein von der alliierten Hohen Kommission (AHK) aufgestellter Besatzungskostenhaushalt vor, der eine Gesamtausgabe von rund 4,05 Milliarden DM vorsieht, aber die „Erwartung, daß die deutsche Verwaltung mit diesem Etat nunmehr einen begrenzten und überschaubaren Rahmen für ihre finanzwirtschaftliche Gesamtplanung erhalte, hat sich nicht erfüllt.“ Nach den Weisungen der AHK, heißt es weiter, „können

- a) die Anforderungen des Gesamtetats bei Bedarf jederzeit überschritten werden;
- b) die Bewilligung der Einzelansätze bei Bedarf jederzeit für die Zwecke anderer Ansätze in Anspruch genommen werden;
- c) die in einem Rechnungsjahr nicht verbrauchten Mittel noch im folgenden Rechnungsjahr in Anspruch genommen werden.“

Mit dieser im „internationalen Haushaltsrecht völlig unbekanntem Freizügigkeit“, sagt die Denkschrift, entstehe für die Finanzpolitik des Kabinetts ein „schwerer Unsicherheitsfaktor“. Aber damit nicht genug. Die Erwartung, heißt es, „daß der von der AHK angeordnete Besatzungskostenetat die finanzielle Besatzungslast dem Grunde nach erschöpfend erfasse, hat sich ebenfalls nicht erfüllt.“ Die Hohen Kommissare verlangen von der Protokollverwaltung, daß sie außerdem die Ausgaben für die Sozialbeiträge der 450 000 Angestellten und Arbeiter der Besatzungsmacht übernimmt, daß sie die Kosten des Unterhalts für die „verschleppten Personen“ bestreitet und die Grunderwerbs- und Aufschließungskosten für von der Besatzungsmacht angeordnete Wohnungsbauten übernimmt. Die Denkschrift betont, daß dadurch der Haushalt „zusätzlich mit sehr erheblichen und der Höhe nach nicht überschaubaren Ausgaben be-

lastet wird“. Weiter heißt es, daß sich die Erwartung auf eine föhnbare Einschränkung der Besatzungsausgaben „nicht erfüllt“ hat. Was soll da noch die Nennung einer

Summe von 4,5 Milliarden DM als Höhe der Besatzungskosten?

Die Eingeständnisse der Denkschrift Dr. Schäffers beweisen erneut, daß die anglo-amerikanischen Besatzungsmächte in ihrem westdeutschen Brückenkopf nach Gutdünken schalten und walten und daß das Adenauer-Gepöhl von „wachsenden Souveränitätsrechten“ das deutsche Volk über die wahre Situation nur hinwegtäuschen soll.

**Schäffer weiß keinen Ausweg**

Ein Loch von 3,85 Milliarden DM — Fehlbeiträge auch in den Ländern

Bonn. (EB.) Die meisten Zeitungen belieben, aus der Uebersicht über die Finanz- und Haushaltlage des Bundes und der Länder im Rechnungsjahr 1950, die Dr. Schäffer vorlegte, einen ungedeckten Fehlbetrag von 900 Millionen DM herauszulesen. Das heißt aber, die finanzielle Lage des westdeutschen Separatstaates viel zu rosig beurteilen. Dr. Schäffer kommt zu dem genannten „niedrigen“ Fehlbetrag erst nach gewagten Rechenkunststücken.

Einmal setzt er in seiner Aufstellung eine Mehreinnahme an Umsatz- und Verbrauchsteuern von 250 Mill. DM ein, die aus einer „zu erwartenden Wirtschaftsbelebung“ und aus einer „in Zusammenarbeit mit den Besatzungsmächten“ erfolgreichen Bekämpfung des Schmuggels zu erwarten sei. Hinter diese Viertelmilliarde darf man, ohne Pessimist zu sein, ein großes Fragezeichen machen. Auf der Ausgabe Seite ist die Rechenmethode Dr. Schäffers noch gewaltsamer. Er hat seine Mitarbeiterkollegen angewiesen, daß sie von ihren Anforderungen 2,7 Milliarden DM einsparen „müssen“. Warten wir ab, was bei der Ausgabefreudigkeit der Bürokratie daraus wird. Die Addition dieser Positionen ergibt, daß Dr. Schäffers Rechnung ein Loch von 3,85 Milliarden DM hat, das nur zum kleinsten Teil gestopft werden kann.

## Ausgezeichnete Beispiele

Straßburg. (EB.) Wie das Büro der Friedenskämpfer des „Bas Rhin“ berichtet, ist die Gemeinde Hönheim die erste Gemeinde des Gebietes, in der 75 Prozent der Gesamtzahl der Einwohner den Appell von Stockholm unterzeichneten. Die Friedenskämpfer von Hönheim haben beschlossen, einen noch höheren Prozentsatz zu erreichen.

In Besselshausen hat der Gemeinderat beschlossen, die Unterschriftensammlung selbst durchzuführen. Die „Contribution Indirectes“ von Straßburg haben vom Portier bis zum Direktor hundertprozentig unterzeichnet. Der Betrieb „Comessa“ kann ebenfalls einen hundertprozentigen Erfolg für sich buchen. Der „Gaz de France“ hat die Unterschriftensammlung im Betrieb mit 90 Prozent abgeschlossen.

Diese Beispiele aus dem unteren Elsaß und andere Beispiele über die wir berichtet, zeigen, wie viele Möglichkeiten es in kleineren und größeren Gemeinden gibt, um die Bevölkerung für die Aechtung der Atombombe zu gewinnen. Solche Möglichkeiten zu vernachlässigen, würde bedeuten, daß diejenigen, die sich nicht an Werk setzen, eine schwere Verantwortung auf sich nehmen.

## Über 16,9 Millionen Unterschriften in der DDR

Berlin. (EB.) Das Deutsche Komitee der Kämpfer für den Frieden teilt mit: Den Aufruf des ständigen Komitees des Weltfriedenskongresses für das absolute Verbot der Atomwaffe unterschrieben in der DDR bis jetzt 16 919 894 Einwohner. Das sind 90,7 Prozent der Gesamtbevölkerung.

**Über 1000 Unterschriften in Geislingen**  
Geislingen-Steige. Insgesamt wurden von Geislinger Friedensfreunden 1076 Unterschriften für den Frieden gesammelt.

**Hönningen.** In allen Teilen unseres Landes geht die Unterschriftensammlung zur Aechtung der Atombombe weiter. In Hönningen sammelte der Friedensfreund Heinrich Weißenfels allein 210 Unterschriften.

**600 000 Unterschriften in Peking**  
Peking. (EB.) Bereits mehr als 600 000 Männer und Frauen in Peking haben sich durch ihre Unterschrift zu den Stockholmer Beschlüssen des ständigen Ausschusses des Weltfriedenskongresses bekannt.

**Göteborg Metallarbeiterverband billigt Stockholmer Appell**

Stockholm. (EB.) Die Göteborger Ortsgruppe der Metallarbeiter — eine der größten Gewerkschaften Schwedens — billigte einstimmig den Stockholmer Appell zur Aechtung der Atombombe.

**Die Friedensbewegung in den USA**

Washington. Eine Gewerkschaftskonferenz, die kürzlich in Milwaukee stattfand, richtete an Präsident Truman eine Botschaft, in der die unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion sowie das absolute Verbot der Atombombe gefordert wurde. Die Beendigung des „kalten Krieges“ forderte die Gewerkschaft der Arbeiter der öffentlichen Betriebe von Chicago in einer Resolution, 25 000 Einwohner des New Yorker Negerviertels Harlem unterzeichneten den Stockholmer Appell des ständigen Ausschusses des Weltfriedenskongresses. In Baltimore bekannten sich ebenfalls 25 000 Männer und Frauen zu der Forderung nach Aechtung der Atombombe.

## USA-Befehl wird ausgeführt

Das Brot wird teurer — Und was ist mit dem Lohn?

Bonn. (EB.) Die Subventionen werden ab 1. Juli grundsätzlich und radikal eingestellt, erklärte Finanzminister Dr. Schäffer am Mittwoch vor der Bundespressekonferenz. Dieser Beschluß sei im Prinzip schon in den ersten Monaten der Tätigkeit des Kabinetts Adenauer gefaßt worden. Wir erinnern uns, daß Dr. Adenauer auf seiner ersten Pressekonferenz in diesem Jahre in bezug auf die amerikanische Forderung nach Beseitigung der Subventionen erklärt hat: „Ich halte das amerikanische Prinzip für richtig.“ Der Finanzminister betonte jetzt, daß der Getreidepreis sich automatisch dem Weltmarktpreis angleichen müsse, das heißt, daß eine erhebliche Erhöhung eintritt. Daß im Gefolge dieser Entwicklung auch das Brot teurer wird, wurde von Dr. Schäffer nicht bestritten. Außer schönen, salbungsvollen Worten will die Protokollverwaltung nichts gegen diese von ihr gewollte Tendenz einsetzen.

**Finanztricks sollen helfen**

Die Kassenlage des „Bundes“ sei ernst, erklärte Finanzminister Dr. Schäffer der Presse. Die Situation sei so, daß er sich freue, vom Bundestag früh genug die Ermächtigung erhalten zu haben, Kredite bis zum Betrag von 1500 Millionen DM aufzunehmen. Vorher lag die Grenze bei 800

Millionen. Mit dem letztgenannten Betrag könne er bei den an ihn gestellten Forderungen nicht mehr operieren.

Der ordentliche Haushaltsplan für 1950/51 werde ausgeglichen vorgelegt werden. Im außerordentlichen Etat jedoch würden alle Ausgaben untergebracht werden, deren Finanzierung auf dem Anleiheweg möglich sei. Dieser solle restlos ausgeschöpft werden. Eine solche Methode ist bei einer gesunden Wirtschaft und bei gesunden Staatsfinanzen vertretbar. Wer aber wagt, zu behaupten, daß die westdeutsche Wirtschaft und der westdeutsche Separatstaat in ihrer Abhängigkeit vom Marshallplan gesunde Entwicklungsmöglichkeiten haben?

**Japans Werkstätte gegen Antikommunisten-Gesetz**

Tokio. (EB.) 270 000 japanische Arbeiter haben bis jetzt aus Protest gegen das von der Regierung Yoshida vorbereitete Antikommunistengesetz die Arbeit niedergelegt. 65 Gewerkschaften haben ihre Mitglieder zum Generalstreik aufgefordert. MacArthur hat der Regierung am Mittwoch die sofortige Entlassung von 17 Mitgliedern des Redaktionsstabes der Zeitung „Akahata“, dem Organ der KP Japan, befohlen.

# Den Menschen das Leid neuer Bombennächte ersparen

### Die Rüstungsinteressenten können gegen den Willen der Völker keinen Krieg entfesseln

Die sonst so sehr „aktuelle“ und geschwätzige „große“ Presse von der Besatzungsmächten Gnaden, wie „Die Welt“ und die „Frankfurter Rundschau“ haben am Montag früh ihren Lesern verschwiegen, daß tags zuvor der Kirchenpräsident und Leiter des kirchlichen Außenamtes Martin Niemöller in Mannheim eine bemerkenswerte Rede gehalten hat. Am Dienstag tun sie dieses Ereignis mit wenigen Zeilen irgendwo im Innern des Blattes ab. Das ist nicht verwunderlich. Denn der Kirchenpräsident sprach mit scharfen Worten gegen die Kriegstreiber, gegen die Anwendung der Atombombe und für die Verteidigung des Friedens. Er bezeichnete es als die Aufgabe der Kirche „mit allen zu Gebote stehenden Mitteln den Menschen das Leid zu ersparen, daß es wieder Bombennächte und Millionen von Toten gibt“.

Die Kommunisten wegen ihrer Weltanschauung verdamme, sei ein Antichrist.“ Die Atombomben würden in der Tat nicht nur Kommunisten, sondern auch Nichtkommunisten zu vielen Millionen töten, wenn eine Regierung das unbeschreibliche große Verbrechen beginge, sie als erste anzuwenden.

Die gläubigen Christen in unserem deutschen Volk und überall in der Welt haben die Verpflichtung, gegen den Krieg sich zu wenden, gegen den Krieg zu kämpfen, das hat Kirchenpräsident Niemöller in Mannheim gesagt. Zu diesem Kampf hat er die Gläubigen und insbesondere die Geistlichkeit aufgerufen. Hier begegnen sich die gläubigen Christen mit den Deutschen anderer Weltanschauung, die sich mit dem ganzen Herzen und mit aller Energie für die Erhaltung des Friedens einsetzen. Solche Worte, wie Kirchenpräsident Niemöller sie in Mannheim ausgesprochen hat, tragen dazu bei, die große Masse des Volkes aufzuwecken und ihr die Größe der Gefahr, in der wir leben, zum Bewußtsein zu bringen.

Gegen den Willen der Völker können die Rüstungsinteressenten, können die Imperialisten keinen Krieg entfesseln. Und dem Willen des Friedens in der Bevölkerung Westdeutschlands kommt ganz besondere Bedeutung hierbei zu. Der Wille zum Frieden muß sich in Taten umsetzen. Was ist Wille ohne Tat? Eine Tat ist schon die Unterstützung der Stockholmer Beschlüsse über die Achtung der Atombombe und die Verurteilung derjenigen Regierung, die sie zuerst anwendet, als Kriegsverbrecher.

Am Tage nachdem Kirchenpräsident Niemöller in Mannheim gesprochen hatte, ist die Zeitung „Unser Tag“ für die Dauer eines halben Monats verboten worden, weil sie die Arbeiter einer Fabrik darauf hingewiesen hatte, daß sie die Vernichtung von Tausenden von menschlichen Leben vorbereiten helfen, indem sie Teile des amerikanischen Sherman-Panzers herstellen. Hier wird das Wort gewaltsam erstickt, das sich der edelsten Regung der Menschheit, der Friedensliebe und dem elementarsten Bedürfnis der Menschen, dem Frieden selber, dienstbar machte. Was war in der Begründung des Verbots gesagt? Daß dieses Wort die Menschen von der Arbeit abhalten könnte, (von der Arbeit zur Vorbereitung des menschenmordenden Krieges), daß es sie aufwiegen könnte, (nicht tatlos zuzusehen, wie das Unheil des neuen Krieges immer drohender ihnen entgegenläuft), das dieses Wort des Friedens die Sicherheit der Besatzungsmacht gefährden könnte.

Dieses Verbot einer Zeitung und seine Begründung sind ein Musterbeispiel dafür, daß die Erhaltung und Verteidigung des Friedens zusammenfallen mit den wahren nationalen Interessen des deutschen Volkes, gleichgültig welcher Religion und welcher Weltanschauung der einzelne angehört mag. Die wahren Interessen des deutschen Volkes treffen zusammen mit den wahren Interessen aller anderen Völker. Den vereinten Anstrengungen aller Kämpfer für den Frieden muß es gelingen und wird es gelingen die räuberischen Imperialisten an der Entfesselung des Krieges zu hindern. Die Massenmobilisierung durch die Unterschriftensammlung für die Achtung der Atombombe ist dazu ein wichtiger und unerlässlicher Schritt.

## Achtung, Hörer des demokratischen Rundfunks

Auf nachfolgende Sendungen des Berliner Rundfunk — Deutschlandsenders — weisen wir besonders hin:

Täglich, außer am Sonntag, läuft um 17.50 Uhr im Berliner Sender und um 18.00 Uhr im Deutschlandsender die Sendereihe „Kultur heute und morgen.“ In ihr wird vom kulturellen Leben und vom Kulturaufbau in der Deutschen Demokratischen Republik berichtet. Auf Grund von Fahrten der Reporter in die einzelnen Länder und an Hand von Besuchen von Betrieben, Maschinen-Ausgleich-Stationen, Schulen, Theatern, Kulturhäuser usw., soll ein Bild all dessen vermittelt werden, was auf kulturellem Gebiet geschaffen wird.

### Eine Thomas-Mann-Festsendung

Berliner Rundfunk: Freitag, 9. Juni, 20.15 Uhr bis 21.45 Uhr. Deutschlandsender: Dienstag, 13. Juni, 19.10 Uhr bis 20.30 Uhr. Werk und Wirken des Dichters zu feiern und ihm in seinen Grundzügen gerecht zu werden, ist das Anliegen einer Festsendung des Berliner Rundfunks zu Thomas Mann's 75. Geburtstag. Den leitenden Kommentar schreibt der Leipziger Literaturwissenschaftler Prof. Dr. Hans Mayer, dessen ausführliche Würdigung von Werk und Persönlichkeit Thomas Manns im Verlag Volk und Welt erschienen ist.

Die Propagandisten eines neuen Krieges bedienen sich mit Vorliebe der Behauptung, daß es ein „christliches Abendland“, eine „abendländische Kultur“ gegen den Bolschewismus zu verteidigen gelte. Es war an die Adresse der gläubigen Christen gerichtet, die von solchen Behauptungen in der Presse der Kriegstreiber und im Rundfunk sich betören ließ oder die in Gefahr sind, dieser Hetze zum Opfer zu fallen, daß Kirchenpräsident Niemöller erklärte:

„Es gibt keinen Kreuzzug für ein friedliches Abendland. Es ist eine infame Lüge, daß dann, wenn der Bolschewismus kommt, die Kirche zugrunde ginge. Die Kirche hat die Verheißung, daß sie durch die Pforte der Hölle nicht überwunden werden kann, und es ist durchaus nicht erwiesen, daß der Bolschewismus diese Hölle ist.“

Die Kriegshetze unter dem Deckmantel der Hetze gegen die Kommunisten grassiert in der von der großen Masse der Bevölkerung geleiteten Presse und im Rundfunk. Es sind die Presse und der Rundfunk, von denen der Kirchenpräsident sagte, daß sie nicht mehr die Wahrheit, sondern nur die „nützliche Wahrheit“ und auch die unnützliche Unwahrheit wiedergeben. Dieser Hetze gegenüber erklärte der Kirchenpräsident, „daß auch für die Kommunisten Gottes Sohn am Kreuz gestorben sei, und wer

In Rom paradierten am Freitag vor dem Staatspräsidenten Einaudi 15 000 italienische Soldaten in amerikanischen Stahlhelmen und Uniformen. Auch amerikanische Sherman-Panzer waren dabei.

Militärische Ausrüstungen und Waffen sind das große Exportgeschäft der amerikanischen Imperialisten. Sie garantieren riesigen Profite für die Rüstungsindustriellen, für die USA-Trusts. Während die Profite dieser Trusts in den Jahren 1934/38 durchschnittlich 2,9 Milliarden betragen, stiegen sie im Jahre 1948 auf 21,2 Milliarden Dollar an. 70 Prozent des Staatshaushalts gibt die USA für Rüstungen aus. Das sogenannte Atlantikpaktprogramm für die europäischen Atlantikpaktstaaten und einige andere dem Atlantikpakt nicht angeschlossene Staaten erfordert nach Truman erneut 1,2 Milliarden Dollar.

„Hilfe“ aus der USA ist immer ein Geschäft für das amerikanische Monopolkapital. Und so ist auch das Waffenhilfsprogramm ein gutes Geschäft der amerikanischen Rüstungsindustriellen. Milliarden Dollar fließen in die Taschen der großen amerikanischen Trusts, der Uniform- und Waffenfabriken. Und das alles zu Lasten des amerikanischen Arbeiters und Angestellten und der Werktätigen der Länder, die durch Marshallplan und Atlantikpakt dem amerikanischen Monopolkapital hörig geworden sind.

Der Atlantikpakt hat den anglo-amerikanischen Imperialisten ein Monopol für Waffen und militärische Ausrüstungen geschaffen. Deshalb sind auch die Waffenpreise Monopolverkaufpreise. Sie sind auf das vielfache gestiegen und steigen weiter an. Die Rüstungsfabriken haben jetzt ihre neuesten Preislisten veröffentlicht. Wir zitieren die in Hagen erscheinende „Westfalen-Post“ vom 31. 5. 1950:

„Ein paar Beispiele, die die Verteuerung gegenüber dem zweiten Weltkrieg bezeugen, mögen für sich selber sprechen: Es stiegen Jagdmaschinen von 100 000 auf 200 000 Dollar, Langstreckenbomber von 240 000 auf 3 bis 6 Millionen Dollar, je nach Ausführung und ob mit Benzinmotor oder Düsenantrieb. Panzer von 60 000 auf über 120 000 Dollar.“

Die modernen Schnorchel-Unterseeboote kosten das dreifache des alten Typs, und die ferngelenkten Geschosse mit dem Wunderzünder, der sich beim Näheren des Ziels au-

tomatisch auslöst, sind mindestens 10 mal so teuer, wie die alten Torpedos.

... der Preis für die amerikanischen Uniformen erhöht sich von rund 77 Dollar im Krieg auf etwa 270 Dollar, — von 350 auf 1215 DM also.“

Das ist das wahre Gesicht des Atlantikpaktes. Die amerikanischen Trusts machen das Geschäft. Sie hetzen zum Krieg, aber die anderen sollen bluten. Das Bodenpersonal, die Infanterietruppen, das sollen unsere Jungen sein, die Jungen aus Europa und aus den Kolonien. Für Westeuropa will Adenauer jetzt den Anfang machen mit 25 000 Mann Bundespolizei.

Die Monopolisten in Westdeutschland wollen sich an diesem Geschäft beteiligen. Das deutsche Volk aber will keinen Krieg. Das muß auch in Westdeutschland in stärkerem Maße als bisher zum Ausdruck gebracht werden durch die Beteiligung an der Unterschriftensammlung gegen die Atombombe und für den Frieden. Wer den Frieden will, der muß den Rüstungsgewinnern das Geschäft verderben und sich als aktiver Kämpfer in die große Friedensfront einreihen.

## Der Hungerfeldzug gegen die Armen

### Adenauers Fett-Steuer trifft Arbeiter und Bauern in gleicher Weise

200 Millionen DM will die Adenauer-Regierung aus den Armen und Aermsten des Volkes, nämlich den Verbrauchern von Margarine und ähnlichen Fetten herauspressen. Sie gibt als Begründung an, daß dadurch den Bauern geholfen werden solle. Es würde mehr gute Butter verbraucht werden. Wird aber ein Erwerbsloser, ein Kriegversehrter, der von seiner kleinen Rente leben muß, ein Altersrentner, ja auch der im Betrieb stehende Arbeiter mit seiner Familie sich mehr Butter kaufen können aus keinem anderen Grunde als dem, weil eine Fettsteuer die Margarine verteuert? Man braucht nur diese Frage zu stellen, um die Unrichtigkeit der Beweisführung der Adenauer-Regierung und der Kreise, die hinter ihr stehen, zu erkennen.

Bevölkerung in die Lage versetzt, sich Butter zu kaufen. Noch ist der Verbrauch von Butter und Milch in Westdeutschland weit zurück gegenüber dem Vorkriegsverbrauch, der ja auch schon eingeschränkt war, entsprechend der Lösung Görings „Kanonen sind wichtiger als Butter“. Es sind 1949/50 pro Kopf der Bevölkerung 5 kg Butter und 100 Liter Milch gegenüber 8,8 kg Butter und 135 Liter Milch vor dem Kriege verbraucht worden.

Den Bauern und Werktätigen in der Stadt wäre geholfen, wenn die gegenüber dem Jahre 1936 im Durchschnitt doppelt so hohen Handelsspannen gesenkt würden, was vor allen Dingen bei gesteigertem Umsatz möglich ist.

Dann aber muß erfolgen eine fühlbare und mindestens fünfzigprozentige Herabsetzung der Steuerlasten der bäuerlichen Betriebe. Denn unter Adenauer sind die Steuern, die das Landvolk tragen muß, außerordentlich erhöht worden. Bei mittelbäuerlichen Betrieben, die 1936 pro Hektar 17,40 RM Steuer entrichteten, und die jetzt für die gleiche Einheit 88 DM und mehr bezahlen müssen, beträgt die Steigerung mehr als das Fünffache.

Ein Steuerabbau für bäuerliche Betriebe in der hier geforderten Höhe würde dem Bauern die Mittel in die Hand geben, sein lebendes und totes Inventar zu verbessern, mehr Düngemittel zu kaufen, kurzum seine Produktion zu heben und zu verbilligen. Und damit wäre nicht nur dem Bauern, sondern auch dem Arbeiter und jedem anderen Werktätigen in der Stadt gedient.

## Dertinger über die deutsche Außenpolitik

Halle. (EB) Ueber die Außenpolitik der DDR sprach Außenminister G. Dertinger auf einer Kundgebung der Nationalen Front. Die Außenpolitik der DDR werde stets den wahren Interessen des deutschen Volkes folgen und läßt demzufolge die Forderung nach endlichen Frieden, nach Demokratie und Unabhängigkeit unterordnen, erklärte Minister Dertinger einleitend. Er geißelte insbesondere die Deutschland-Erklärung der Westalliierten. Diese Erklärung nannte er als das Ziel der westlichen Politiker, die Erhaltung des heutigen Zustandes und die Ausdehnung der politischen Verhältnisse in Westdeutschland auf ganz Deutschland. Das bedeute weitere Ausbeutung, größere Arbeitslosigkeit und Friedlosigkeit in Westdeutschland, neues Aufblühen des Faschismus und Militarismus, wenn die patriotischen Kräfte in Deutschland dieser Entwicklung nicht Einhalt gebieten.

## Vom Deutschland-Treffen tief beeindruckt

„Das Deutschlandtreffen hat bewiesen“, schreibt die marshallhörige Basler „National-Zeitung“, „daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Jugend für sich zu gewinnen vermochte.“ Wie dieses Schweizer Blatt müssen jetzt selbst die stockreaktionärsten Zeitungen in den USA, in England, Frankreich usw. zugeben: die geschichtlich größte Friedenskundgebung der deutschen Jugend war „eine Massendemonstration, deren Wucht jedermann beeindruckte. Die Jugend war mit Begeisterung bei der Sache, daran kann nicht gezweifelt werden. Es ist deshalb anzunehmen, daß dieses Pfingsttreffen auch in Westdeutschland politische Wirkung haben wird.“

Die konservative britische Zeitung „Daily Telegraph“ bezeichnet das Deutschlandtreffen als die machtvollste Kundgebung, die in Berlin organisiert wurde. Das Deutschlandtreffen der Jugend, so erklärt das Blatt, sowie die Organisation des großen Aufmarsches, sei ein überragender Erfolg gewesen und habe einen gewaltigen Eindruck hinterlassen. „Daily Telegraph“ hebt besonders hervor, daß „die Mitglieder der FDJ und die Jungen Pioniere in freudiger Stimmung waren und, gemessen an den Nachkriegsverhältnissen, sämtlich einen gesunden und wohlgenährten Eindruck machten“. An anderer Stelle erklärt das Blatt: „Als politische Demonstration kann der Osten das

Pfingsttreffen als einen vollen Erfolg buchen.“

Sogar die berüchtigte reaktionäre Zeitung „Daily Mail“ sah sich in einer Stellungnahme zum Deutschlandtreffen zu dem Geständnis gezwungen: „Es hat gar nichts ‚Kriegsrisches‘ an sich, sondern eher eine Atmosphäre von Harmlosigkeit. Die jungen Menschen befanden sich in richtiger Feststimmung und hatten bestimmt nicht die Absicht, irgendwohin einzufallen.“

Die dem französischen Außenministerium nahestehende französische Zeitung „Le Monde“ erklärte entgegen ihrer vorherigen Berichterstattung, daß das FDJ-Treffen den Charakter eines friedlichen Festes hatte.

„Nichts konnte diese jungen Menschen zurückhalten, die Auswirkungen eines überlebten Regimes zu überwinden, um einer besseren Zukunft entgegenzugehen.“ „Le Monde“ kommt zu der bemerkenswerten Feststellung, der Friedensaufmarsch von mehr als 700 000 jungen Friedenskämpfern sollte in der westlichen Welt zu erstem Nachdenken Anlaß geben.

Albanien entläßt alle Kriegsgefangenen Tirana. (dpa) Die albanische Regierung gab bekannt, daß sie auf Ersuchen der Deutschen Demokratischen Republik alle deutschen Kriegsgefangenen entlassen werde, die sich noch in Albanien befinden. Auch die österreichischen Kriegsgefangenen sollen entlassen werden.

## Der Jugend gehört ganz Deutschland

### Deutsche werden von Deutschen gefangen, weil sie von Deutschland nach Deutschland gegangen

(Fortsetzung und Schluß)

Allmählich beginnen sich die Anstrengungen des Tages auszuwirken. Hier und da nickt einer auf dem blanken Erboden ein. Doch dann auf einmal: ein einziger Jubelschrei. Mit hoherhebenenden Händen klatschen die Friedensfreunde rhythmischen Beifall: Freundschaft, Freundschaft. Wieder kommt aus der Deutschen Demokratischen Republik ein neuer Transport von westdeutschen Friedenskämpfern. Wieder erklingt die Internationale. Wieder kommt ein neues Fahnenmeer auf die Zonengrenze zu und dahinter unübersehbar brennende Fackeln. Die Jugend trägt Friedensfackeln, die Jugend läßt die Friedensfackeln aus der Deutschen Demokratischen Republik durch Nacht und Not nach Westen Deutschlands leuchten.

Vorbei ist jede Müdigkeit. Keiner spürt etwas von Kälte. Doch die westdeutschen Polizisten bekommen Angst. Sie fordern Verstärkung an. Einige Hundertschaften Polizei sind aus Hamburg unterwegs. Die modernsten Wasserwerfer werden eingesetzt und neue Waffen gegen die deutsche Jugend ausgegeben. Auf die polizeilichen Drohungen mit Entehrungen und Hunger ist nur ein Lachen die Antwort. „Ihr könnt uns durch nichts erschüttern, wir haben noch genug zu futtern.“

Und Zwieback und Kekse fliegen zu den Polizisten hinüber. Später, als es hell wird und die Sonne die steifen Glieder erwärmt hat, faßt eine unbeschreibliche Begeisterung die deutsche Jugend. Eine Begeisterung, die man niemals in Worte kleiden kann, so sehr man sich auch bemüht. Sie ist nur aus einem zu erklären: wir, die jungen Friedenskämpfer, halten Stand, sind stark ge-

nug, dem westlichen Polizeiaufgebot Widerstand zu leisten! Wir lassen uns nicht zwingen, wir alle sind eins im Kampf um unser heiligstes, reinstes, innerstes Ziel: Einheit und Frieden.

Spontan, gleichsam aus dem Nichts geboren, löst ein Sprecher den anderen ab: „Deutsche Polizei, Du solltest Dich schämen, uns die Freiheit wegzunehmen.“ „Wir lassen uns nicht unterkriegen, die Friedenskämpfer siegen.“ „Wir wollen keine Sambatanzer, wir brauchen nur noch Friedenskämpfer“. Und dann an die westdeutsche Polizei gewandt: „Bundespolizei, macht Euch endlich frei, warum seid Ihr Knechte, habt Ihr keine Rechte?“

Und wie ein Fanal klingt es Tag und Nacht durch alle Stunden hindurch immer wieder in feierlichem Protest: „Wir werden als Deutsche von Deutschen gefangen, weil wir von Deutschland nach Deutschland gegangen.“

Nach und nach erfahren wir auch, was in der Außenwelt vorgeht. In Lübeck und Hamburg haben sich Solidaritätskomitees gebildet. Der Führer des Weltjugendbundes, Guy de Boisson, erklärte sich im Namen von allen friedliebenden Jugendlichen der ganzen Welt mit uns mehr als 10 000 widerrechtlich festgehaltenen Friedenskämpfern solidarisch. Wir wissen, daß auch unsere Freunde in Westdeutschland uns nicht verlassen werden.

Da ruft bei uns an der Zonengrenze der Sprecher: „Die Friedenskämpfer auf der Welt, sind stärker als das Ami-Geld.“ Und immer wieder schallen die begeistertsten Hochrufe auf die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, auf unseren Präsidenten, Wilhelm Pieck, auf unseren Fried-

densfreund Max Reimann und auf die Volkspolizei weit nach Lübeck und nach Westdeutschland hinein.

Die Volkspolizei hat uns junge Friedenskämpfer auf den Bahnhöfen der DDR mit Musik und mit „Freundschaft“ empfangen. Sie gab uns Verpflegung und Rauchwaren, übernahm Patenschaften von westdeutschen Gruppen der FDJ und unterstützte uns, wo immer wir um ihre Hilfe baten. Und jetzt, im Lager Eichholz, hat uns die Volkspolizei, während uns die westdeutsche Bundespolizei mit Spürhunden und scharfen Waffen drohte, uns das Wasser absperrte und uns alle sanitären und hygienischen Hilfsmittel entzog, Friedensfreunde, die vor uns die Grenze überschritten, prügelte, schlug und verhaftete — da hat uns die Volkspolizei geholfen. Sie erklärte sich mit uns solidarisch, richtete eine Sanitätsstube ein, lieferte Milch für die Jüngsten und Kranken, Wasser, Kaffee und eine ausreichende warme Verpflegung. Sie sorgte dafür, daß wir Strohhalm zum schlafen hatten.

Am Mittwoch mittag kommt der erste Wagen mit Stroh an und dann Wagen hinter Wagen: über 10 000 Menschen können im warmen Stroh schlafen. Decken und Zeitplanen gegen den Regen sind angeknüpft. Der Widerstandswille der westdeutschen Widerstandskämpfer gegen den organisierten Polizeiterror wird immer stärker. Wieder und wieder klingt unser Lied an die Polizei: „Wer tut Euch bezahlen, wer hat Euch bestellt, das macht Mister Adenauer mit gepumptem Geld.“ Und manchmal ruft sogar der Schlager-Text „Bonn, Du schöne Stadt am Rhein, für ne Hauptstadt bist Du viel zu klein, selbst die Hohen Kommissare, raufen sich schon ihre Haare: nur Berlin soll unsere Hauptstadt sein“ bei dem einen oder anderen Polizisten ein stilles Kopfnicken hervor.

Mit Liedern und Volkstänzen, mit der Musik von Ziehharmonikas und Gitarren, mit Flöten, Fanfaren, Mundharmonikas und

mit Blumen haben wir junge Friedenskämpfer an der Zonengrenze ein für allemal dokumentiert, daß wir trotz Hunden und Waffengewalt nichts anderes wollen, als im Frieden für den Frieden zu arbeiten.

Über 10 000 junge Deutsche lagerten in Lübeck-Eichholz. Wen von ihnen ich immer auch fragte, ihre Antwort war die gleiche: Seppi, ein junger Sportler und Naturfreund aus Solingen erzählte mir: „Ich habe mich schon früher für die Arbeit der FDJ interessiert, aber jetzt, wo ich Berlin erlebt habe und wo ich sehe, wie sich die westdeutsche Polizei gegen uns verhält, gibt es für mich nur eines: hinein in die Freie Deutsche Jugend, und das sage nicht nur ich, sondern das sagen alle meine Solinger Freunde, Falke, Sportler und Naturfreunde. Wir alle stehen im Friedenskampf jetzt sooo da.“ Und dabei leuchten seine Augen und er zeigt mit den Händen seine Bereitschaft, für den Frieden einzutreten.

Zwei junge Mädchen aus Düsseldorf, die der evangelischen Jugend angehören, berichten strahlend: „Wir wollen sofort in die FDJ eintreten, denn ihre Ziele sind unsere Ziele.“

Jungen und Mädchen aus Oberhausen und Mülheim, aus Krefeld und Solingen, aus Hamburg und Frankfurt, Parteilose Jugendliche, Gewerkschafter, christlich gebundene, Pfadfinder und die Sportjugend. Alle bekräftigen das, was der 20jährige blonde Willi Z. aus einer rheinischen Kleinstadt sagt: „Wir haben in Berlin mit Blumen für den Frieden demonstriert. Die Volkspolizei, die man uns im Westen als Terrortruppe darstellte, ist unser Freund und Helfer geworden, während sich die westdeutsche Bundespolizei dazu hergegeben hat, mit Hunden und Knüppeln gegen uns vorzugehen. Wir Zehntausende werden erzählen, was wir erlebt haben. Ich bedeure nur eines, was uns im Lager Eichholz fehlt, das sind tausende Aufnahmescheine für die Freie Deutsche Jugend.“

Eine Nacht, einen Tag und wieder eine Nacht, über 30 Stunden lang sind die jungen Friedenskämpfer an der Zonengrenze festgehalten worden. 30 Stunden lang haben wir unsere blauen Fahnen in den Himmel gehoben, haben gesungen und in Sprechchören Freiheit und Frieden gefordert. Als sich auch die Abgeordneten der KPD für uns einsetzten, als in Hamburg und Lübeck, in Remscheid und Duisburg, in Essen und Düsseldorf, als überall in den Betrieben Westdeutschlands Solidaritätserklärungen laut wurden, als die Arbeiterschaft Freiheit für ihre Kinder forderte, hat die Polizei unter diesem Druck alle Forderungen von uns jungen Streikenden erfüllt. Alle Friedenskämpfer erhielten freien Abzug. Keiner von uns wurde registriert, keine Untersuchung vorgenommen.

Mit Blumen und grünem Laub, mit Fahnen, Wimpeln und Transparenten haben wir die Züge geschmückt, und an jedem Bahnhof, an dem unsere Freunde ausstiegen, bekräftigte ein begeisterter Gruß die Solidarität der deutschen Jugend. Noch einmal ertönte ein letzter, weithin hallender Dank an die Deutsche Demokratische Republik und an ihre Volkspolizei, mit der uns ein unlösbares Band der Solidarität verbindet.

Nach dem Händedruck, nach dem letzten festen „Freundschaft“, als wir uns in unserer Heimatstadt trennten, um jeder einzeln wieder an seine Arbeit für den Frieden zu gehn, da wußten wir: In Lübeck hat die deutsche Jugend einen Sieg errungen. Sie hat erstmalig bewiesen, wenn die deutsche Jugend es will, fallen vor ihr alle Zonengrenzen, wenn die deutsche Jugend es will, weichen Spürhunde und Polizeiterror, behördliche Anordnungen und Verbote vor ihr zurück, weil sie einzig und stark ist.

Der Jugend gehört die Zukunft, der Jugend gehört Deutschland, der Jugend gehört der Frieden, weil sie gewillt ist, für den Frieden zu kämpfen und ihn für alle Zeiten zu sichern.

# DER KAMPF UM DEN FRIEDEN KENNT KEINE PAUSE

## Die große Friedensaktion der Gewerkschaften

Eine Unterredung mit dem Vorsitzenden des FDGB, Herbert Warnke

Die große Friedensaktion der Gewerkschaften, insbesondere das Angebot des FDGB an die Funktionäre des Bundesvorstandes und die Bezirksvorstände unserer westdeutschen Gewerkschaften steht gegenwärtig im Mittelpunkt vieler Diskussionen, hauptsächlich in den Betrieben. Der bedeutende Schritt dieser größten deutschen Massenorganisation der Werktätigen ist eines der Resultate der Tagung des Exekutivkomitees des Weltgewerkschaftsbundes in Budapest. In einer Unterredung eines Mitgliedes des Redaktionskollegiums von „Neues Deutschland“ mit dem Vorsitzenden des Bundesvorstandes des FDGB, Herbert Warnke, beantwortete Warnke in diesem Zusammenhang einige Fragen, die weit über die Kreise der Gewerkschaften hinaus für alle deutschen Werktätigen von großem Interesse sind. Wir geben nachfolgend den Wortlaut dieser Unterredung wieder:

Frage: Welche Bedeutung haben die Beschlüsse des Exekutivkomitees des WGB für den Kampf um den Frieden?

Antwort: Ich glaube, daß diese Beschlüsse von außerordentlich weittragender Bedeutung sein werden. Der Kampf um den Frieden, der sowohl im Referat des Kollegen Saillant als auch in allen anderen Referaten sowie in den Diskussionen behandelt wurde, war die Konferenz beherrschende Frage. Die Beschlüsse, die dazu gefaßt wurden, gehen von der Erkenntnis aus, daß die Arbeiterschaft als die fortschrittlichste Klasse, die führende Kraft in der Friedensbewegung sein muß. Das ergibt sich schon aus der Tatsache, daß vor allen Dingen die Arbeiter in der Lage sind, weittragende Aktionen gegen die Kriegsgefahr durchzuführen, was besonders die französischen und italienischen Hafenarbeiter bewiesen haben.

Frage: Wie wurde die Bedeutung der Friedensaktion der polnischen und deutschen Gewerkschaften, die am 2. Oktober 1949 in Frankfurt/Oder und am 1. Mai in Götting durchgeführt wurden, in Budapest eingeschätzt?

Antwort: Die Bedeutung dieser beiden Treffen wurde besonders von dem polnischen Gewerkschaftsführer, dem Kollegen Buski, in seiner Diskussionsrede hervorgehoben, wobei er diese Treffen als praktische Maßnahmen der polnischen und deutschen Gewerkschaften im gemeinsamen Kampf für den Frieden sehr stark hervorhob. Diese und auch meine eigenen Ausführungen dazu wurden auf der Komiteesitzung mit starkem Interesse entgegengenommen; es ist anzunehmen, daß auf Grund der Erfahrungen dieser beiden bedeutsamen Kundgebungen weitere Friedenstreffen an den Grenzen verschiedener Länder folgen werden.

Frage: Die Behandlung der Bedeutung des Friedens war danach zweifellos das Wichtigste in Budapest? Oder gab es daneben noch besondere Aufgaben, die in Budapest behandelt wurden?

Antwort: Nun, man kann sagen, daß alle Referate, z. B. das des Kollegen Frachon über die Aufgaben zur Herstellung der Aktionseinheit, ferner das des Kollegen di Vittorio über den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sowie auch das Referat des Kollegen Gebert über die Aufgaben der Berufsinternationalen und schließlich der Vortrag des Kollegen Rostowsky über die Propagandaaufgaben des WGB mit der Verteidigung des Friedens in einem inneren Zusammenhang standen. Ich glaube, man muß besonders die großen Erfahrungen, die die französischen und italienischen Gewerkschaften in der Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiter im Kampf gegen Kriegsgefahr und Kapitaloffensive sammelten, besonders in Westdeutschland sehr stark beachten. Die Exekutivkomiteesitzung unterstrich immer wieder die enge Verbundenheit des Kampfes gegen die Kriegsgefahr mit dem Kampf für die Abwehr der Angriffe auf die Lebenshaltung und Rechte der Arbeiter.

Frage: Welcher Zusammenhang wurde z. B. zwischen den Kriegsvorbereitungen und der Arbeitslosigkeit festgestellt?

Antwort: Es gibt in den kapitalistischen Ländern bereits wieder 45 Millionen Arbeitslose. Das sind offizielle Ziffern. In den Vereinigten Staaten wurden amtlich 4,6 Millionen, in Italien 2,05 Millionen, in Westdeutschland 1,9 Millionen Arbeitslose festgestellt. Dann folgen in entsprechender Reihenfolge die anderen Länder. Zweifellos wird von den anglo-amerikanischen Imperialisten eine Politik geführt, die einen Teil der Arbeitslosen demoralisieren und für die Herstellung von Kriegsmaterial sowie für die Einreihung in die Armeen reif machen soll.

Es wurde als eine wesentliche Aufgabe der Gewerkschaften dieser Länder bezeichnet, in allen Organisationen Sofortprogramme gegen die Arbeitslosigkeit aufzustellen sowie für die freie Entfaltung des Handels, besonders zur Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern einzutreten, weil auch dadurch eine Milderung der Arbeitslosigkeit in den kapitalistischen Ländern möglich ist.

Mir scheint, daß für uns besonders die Tatsache beachtlich ist, daß Westdeutschland mit seiner Arbeitslosigkeit an dritter Stelle in der Welt und an zweiter Stelle in Europa steht. Das geschieht in einem Land,

das große Kriegszerstörungen aufzuweisen hat und alle Kräfte für den Aufbau gebraucht. Auch von diesem Gesichtspunkt aus sind die Budapest Beschlüsse besonders auch für die westdeutschen Arbeiter sehr beachtlich.

Frage: Wie sieht es mit dem Kampf um die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Gewerkschaften in der internationalen Gewerkschaftsbewegung?

Antwort: Es ist außerordentlich wichtig, diese Frage zu stellen. Es ist leider eine Tatsache, daß die rechten Gewerkschaftsführer durch ihre Spaltung der Gewerkschaftsbewegung und besonders durch die Ausschüsse fortschrittlicher Kollegen aus den Gewerkschaften, die Vorbereitung des Krieges mit unterstützen; denn es sind gerade diese fortschrittlichen Kräfte der Arbeiterbewegung, die auf das entschiedenste für den Kampf gegen Kriegsgefahr und Kapitaloffensive eintreten.

Nach den Budapest Beschlüssen ist es notwendig, einen entscheidenden Kampf gegen diese Ausschüsse und für die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen zu führen und auf keinen Fall aus ihren Reihen neue Organisationen zu bilden. Vielmehr muß in den Gewerkschaften das Recht auf Kritik an der reaktionären Politik solcher Gewer-

schaftsführer erkämpft und durchgesetzt werden.

Frage: Wie wurde die bisherige Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften in Budapest beurteilt?

Antwort: In mehreren Referaten und auch in den Resolutionen der Budapest Tagung wurde auf die Bedeutung sowohl der Bildung der Deutschen Demokratischen Republik, die einen großen fortschrittlichen Faktor in der internationalen Entwicklung darstellt, als auch auf die Tatsache hingewiesen, daß Westdeutschland von den Anglo-Amerikanern zu einer Aufmarschbasis gegen die Sowjetunion und die Volkdemokratien ausgebaut wird. Unsere Tätigkeit in der Lösung der Aufgaben, die sich in dieser Situation ergeben, wurde anerkannt, aber von den deutschen Gewerkschaften, wie übrigens von allen Gewerkschaften, wurde mit Recht eine noch weit stärkere Aktivität als bisher in der Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiter, die für den Kampf um den Frieden von größter Bedeutung ist, gefordert. Das heißt für uns vor allem auch, daß der FDGB weit mehr als bisher lernen muß, im Interesse der Mobilisierung der ganzen deutschen Arbeiterschaft eine gesamtdeutsche Politik zu betreiben.

## Der Stockholmer Aufruf - Stimme des Weltgewissens

Zum Abschluß der Londoner Tagung des Büros des Ständigen Komitees des Weltfriedenskongresses erklärte der bekannte sowjetische Publizist Leontjew im Moskauer Rundfunk:

Über 100 Millionen Unterschriften wurden bereits für den Aufruf gesammelt, der das Verbot der Atomwaffe fordert und die Achtung jener Regierung als Kriegsverbrecher, die diese Massenvernichtungswaffe als erste anwendet. Dieses erste Ergebnis der Willensäußerung der Völker aller Länder stellte die Plenartagung des Büros des Ständigen Komitees des Weltfriedenskongresses fest, die in London am 31. Mai und 1. Juni stattfand.

Der Aufruf der Stockholmer Tagung des Ständigen Komitees des Weltfriedenskongresses — es sind seitdem etwas mehr als zwei Monate verflossen — wurde in dieser kurzen Frist zum populärsten Dokument. Die Völker aller Länder verurteilten entschieden die Absichten der Kriegshetzer, der Atomisten, die die Menschheit mit der Vernichtung von Millionen Leben, mit der Vernichtung der ganzen modernen Zivilisation bedrohen. Die Unterschriftensammlung für den Aufruf ist eine große und edle Sache. Die Unterschriftensammlung mobilisiert starke, noch nie dagewesene Kräfte, die für den Frieden einstehen und instand sind, die Pläne der anglo-amerikanischen Imperialisten zu vereiteln. „Durch diese Kampagne“, heißt es in dem Kommuniqué der Londoner Tagung, „wurde Millionen Menschen der verschiedensten Überzeugung die schreckliche Gefahr bewußt, die über der Welt schwebt. Sie sehen, daß es möglich ist, dieser Gefahr zu begegnen.“

Am 27. Mai fand in Rom eine Versammlung statt, an der prominente Politiker und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens teilnahmen. Sie alle bekannten sich zum Stockholmer Aufruf des Ständigen Komitees des Weltfriedenskongresses über das Verbot der Atomwaffe. Am darauffolgenden Tage wurde in Chicago die Tagung des Exekutivkomitees der Internationalen Gewerkschaftskonferenz zum Schutze des Friedens eröffnet, die über eine Million Arbeiter vertritt. Es wurde beschlossen, für den Aufruf der Stockholmer Tagung des Ständigen Komitees des Weltfriedenskongresses unter den amerikanischen Werktätigen nicht weniger als eine Million Unterschriften zu sammeln.

In diesen Tagen schloß auch der in Berlin abgehaltene Deutschlandkongreß junger

Friedenskämpfer seine Stimme der Förderung der Völker an, die Atomwaffe zu verbieten. Die deutsche Bevölkerung protestiert entschieden gegen die Versuche, die Deutschen als Kanonenfutter in einem Aggressionskrieg um die Weltherrschaft auszunutzen, den die anglo-amerikanischen Imperialisten vorbereiten.

Der Stockholmer Aufruf ist die Stimme des Weltgewissens. „Der Stockholmer Aufruf“, heißt es in dem Beschluß des Büros des Ständigen Komitees des Weltfriedenskongresses, „dient allen Menschen ohne Unterschied der Sprache, der gesellschaftlichen Stellung, der religiösen oder politischen Überzeugung als Mittel, aktiv an der Rettung des Friedens teilzunehmen. Die Unterschrift jedes einzelnen Menschen, wenn sie sich in Millionenzahlen ausdrückt, wird zu einer Kraft, die den Krieg verhindern kann.“

In der zweiten Oktober-Hälfte 1950 findet in Genua der zweite Weltfriedenskon-

gress statt, zu dem Vertreter aller gesellschaftlichen und Kulturorganisationen eingeladen sind, die den Aufruf des Stockholmer Ständigen Komitees des Weltfriedenskongresses unterstützen. Bis zur Eröffnung dieses Kongresses muß jeder Mann und jede Frau in einem jeden Lande ihre Einstellung zur Frage des Atomwaffenverbots festlegen. Jeder, der sich ausspricht für das Verbot der Atomwaffe, leistet damit seinen Beitrag zum Friedenskampf.

Die große Friedensbewegung entfaltet sich in allen Ländern erfolgreich. Sie zwingt die Kriegshetzer zum Rückzug, ruft Panik unter ihnen hervor und nötigt sie, ihre Bestrebungen zu tarnen. Die Atomwaffe muß und wird verboten werden. Millionen Unterschriften zeigen den kriegerischen Atomisten den wahren Willen und die Kraft der Völker, die nach Frieden streben. Die Friedenskräfte werden die verbrecherischen Pläne der Kriegshetzer vereiteln.

## Selbst konservative Politiker können sich der Logik von Stockholm nicht entziehen

In Rom wurde ein Comité zur Durchführung eines Volksentscheides gegen die Atomwaffe gebildet, das in enger Anlehnung an die Stockholmer Beschlüsse das unbedingte Verbot der Atomwaffe, die Zerstörung der vorhandenen Atomwaffen-Vorräte und eine einmütige Verurteilung der Regierung, die als erste die Atom-

**Zeichnet Euch in die Listen zur Achtung der Atomwaffe ein!**

waffe anwenden würde, fordert. Dem Comité gehören führende italienische Politiker an, wie der ehemalige Ministerpräsident Orlando, der Präsident der Kommission für außenpolitische Angelegenheiten Ambrosini, der Fraktionsführer der christlich-demokratischen Partei im Parlament Cappelletti, von den Amerikanern nach dem Sturz Mussolinis eingesetzte Ministerpräsident und gegenwärtige Präsident des Senats Kamarpräsident Gronchi und der erste Präsident der italienischen Republik, De Nicola.

Wenn sich diese konservativen Politiker auch nicht dazu entschließen können, den Wortlaut des Stockholmer Aufrufs zu

unterzeichnen, so ist es doch für die Wirkung dieses Appells bezeichnend, daß sie unter dem Druck der Volksmassen einen Text verfaßten, der sich inhaltlich mit dem des Stockholmer Aufrufs deckt. Auch diese Entwicklung des Friedenskampfes ist zu begrüßen. Deshalb haben sich auch führende kommunistische und linkssozialistische Parlamentarier, obwohl sie auf dem Boden des Wortlauts des Stockholmer Aufrufs stehen, diesem Comité angeschlossen. Die Pariser Zeitung „l'Humanité“ machte eine Gruppe von Geistlichen, die angaben, mit den Zielen von Stockholm einverstanden zu sein, die aber den Aufruf nicht unterzeichnen wollten, weil die Friedensbewegung angeblich kommunistisch beeinflusst sei, den Vorschlag, einen eigenen Text zu entwerfen, der dieselben Grundforderungen, die Achtung der Atomwaffe und die Bestrafung der Regierung, die sie als erste anwenden sollte, enthält.

Das italienische Beispiel und die französische Anregung zeigt, welche Kraft von der zwingenden Logik der Stockholmer Beschlüsse ausgeht. Es zeigt auch, daß sich dieser Logik niemand entziehen kann, der nicht als Befürworter des Atomkrieges angesehen werden will.

„Alle, alle gegen die Atombombe!“

„Wer die Atombombe als Kriegsführungsmittel anwenden will, fordert eine unerhörte, so fürchterliche und brutale Verheerung, daß er den ewigen Abscheu der Geschichte verdient. Gerade deswegen kann man eine Tat von so primitiver Barbarei gar nicht zulassen, die einerseits unsägliche Qualen mit sich bringen, andererseits auch jeglichen Grundsatz menschlicher Kultur verletzen würde.“

Diese Erklärung gab der italienische Bischof von Grosseto einem Journalisten zur Frage der Atombombe ab. Fernerhin appellierte der Prälat an die „Einigkeit aller Wohlbedenkenden, aller Menschen von Geist und Herz, aller Menschen ungeachtet ihres religiösen Glaubens oder ihrer politischen Einstellung.“ „Alle, alle gegen die Atom-

## Keine Hand für Rüstungsarbeit

bombe!“ So sprach Mons. Galeazzi. „Verfiele man wirklich in eine derartige Verwirrung, dann wäre nichts mehr, was uns von den reißenden Tieren unterscheiden würde.“

Der Bischof von Grosseto hat das Interview mit der feierlichen Erklärung beendet: „Wir werden mit höchster Glaubenskraft um die Abwendung eines neuen schrecklichen bewaffneten Konfliktes flehen und alles tun, was die göttliche Vorsehung uns eingibt, um gegen die Verwendung der Atombombe, dieser verdammenswerten Quelle von Menschenvernichtung und Zerstörung, aufzutreten.“

## Auch das hilft ihnen nicht

Generalleutnant a. D. Hans Speidel, ehemaliger Generalstabschef Rommels, ist der aussichtsreichste Bewerber für den Posten des Anführers einer künftigen westdeutschen Söldnerarmee — von Adenauer „Deutsches Kontingent in einer europäischen Armee“ genannt.

Um sich bei seinen künftigen Kollegen bekanntzumachen, hält er in ausländischen Offiziersklubs Vorträge über Panzerkampf und ähnliche kriegswissenschaftliche Themen.

Mag das Interesse dieser Kreise an diesen Dingen verständlich erscheinen, so überrascht zunächst, wenn man erfährt, daß ausgerechnet das Organ der britischen „Arbeiterpartei“, der „Daily Herald“, sich der Kriegserinnerungen des Generals Speidel annimmt. Ab vergangenen Montag werden sie dort in regelmäßiger Folge veröffentlicht.

Aber ist es ein Wunder, wenn die Zeitung der britischen Regierungspartei einem Verbündeten ihre Zellen öffnet? Ist es nicht die britische Labour-Regierung, die die amerikanische Politik des Atlantikkriegspaktes unterstützt und den Vorsitzenden des europäischen Generalstabes, Marshall Montgomery, stellt?

Eines sollten sich die Engländer allerdings hinter die Ohren schreiben: Gesiegt hat dieser General noch nie!

## Kolonialkrieg für Labour-Minister „bezaubernd“

Um die auf einen Tiefpunkt gesunkene Moral der britischen Kolonialsoldaten in Malaya zu heben, verfiel der britische Labour-Kriegsminister Strachey auf die Idee, nach Malaya zu fliegen, sich in die Uniform eines Kolonialsoldaten einkleiden zu lassen und, mit einem Gewehr über der Schulter, mit einer Patrouille in den Dschungel zu gehen. Als er nach kurzer Zeit wieder zurückkehrte, sagte dieser Vertreter „westlicher Kultur“ zu den Soldaten, die teilweise schon jahrelang dieses Morden mitmachen müssen, er sei noch nicht einmal „richtig warm geworden“, und als er in das Lager zurückkehrte, meinte er: „Es hat mir Spaß gemacht, es war bezaubernd.“

(Nach „Daily Worker“, London.)



## Brand in der Polarnacht

Roman von TICHON SJOMUSCHKIN  
Copyright Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin.

36. Fortsetzung

„Wer bindet uns?“ fragte Charles Thomson leise und anscheinend ruhig; doch konnte er seine Nervosität nicht ganz verbergen.

„Die Politik, Mr. Thomson, die Politik! Allerlei Revolutionen Sie wissen doch von der russischen Revolution von 1917, Mr. Thomson?“

„O ja, davon weiß ich...“

„Ist Ihnen aber bekannt, Mr. Thomson, daß die Revolution zuerst nur das Gebiet von Moskau berührt hatte?“

„Ja, ich habe die Zeitung gelesen.“

„Darf ich Ihnen nun mitteilen, daß Sie um ein sehr interessantes Jahr zurückgeblieben sind? Heute, im Jahre 1923 habe ich die Ehre, mich mit Ihnen in bolschewistischen Gewässern zu unterhalten. Wie gefällt Ihnen das, Mr. Thomson? Haben sich diese Bolschewiki nicht als tüchtige

Burschen entpuppt? Aber das wäre noch kein Schade, Schade ist etwas anderes. Die Bolschewiki haben der North Company die Konzession für den Handel auf Kamtschatka und an der Küste der Tschukotkenhalbinsel gegeben. Nichts weniger als die Konzession, lieber Mr. Thomson! Und kein Monat vergeht, und diese öden Ufer werden von den heulenden Schiffsirenen aus Vancouver wiederhallen. Heulen werden sie wie die Schakale in der Wüste. Von ihrem Gebrüll allein wird uns der Kopf platzen. Wissen Sie, Mr. Thomson, daß die ‚Bechimo‘ der North Company schon in der Rede von Frisko liegt? Zehntausend Tonnen, Mr. Thomson.“

Kapitän Brown schwieg, stopfte sich die Pfeife und blies dicke Rauchwolken in die Luft.

„Zehntausend Tonnen, Mr. Thomson! Das ist etwas anderes als mein armseliger ‚Polar Bear‘!“

Mr. Thomson hielt den Atem an, während er den Worten des Kapitäns lauschte. Er wußte ja von der Konzession zwar schon aus der Zeitung, aber bisher hatte er immer noch nicht daran geglaubt. Es war ja lächerlich, daß die North Company sich für dieses Land interessieren könnte! Eine Gesellschaft, die eine Flotte von hundertzwei Schiffen besaß! Aber Kapitän Brown hatte alle Zweifel zerstreut. Es war ihm, als sehe er die „Bechimo“ im Hafen von Frisko liegen.

Unterdessen fuhr Kapitän Brown fort, die letzten Nachrichten auszupacken.

„Wissen Sie, Mr. Thomson, daß die North Company hier Pelzfabriken eröffnet wie am Ufer der Hudsonbai und eine Menge richtiger, erstklassiger Waren herbringt? Verstehen Sie, Mr. Thomson, woher der Wind weht? Packt einen da nicht die Lust, auszureißen? Aber wohin? Auf den Mars vielleicht“, sagte Kapitän Brown mit einer Gebärde der Rattlosigkeit. „Der Zeitung nach“, fuhr er fort, „wird der Handel hier

monopolisiert und sowohl für Rauchwerk als auch für Waren aufs strengste geregelt. Das fordert die russische Regierung. Es kann wahrhaftig passieren, daß es den Burschen aus dem bolschewistischen Rußland einfällt, die North Company zu kontrollieren! Und dann werden Sie sehen, was dabei herauskommt. Glauben Sie etwa, Mr. Thomson, daß dieser Wilde, der uns bisher genug gab, um unser Leben kümmerlich zu fristen, dann vielleicht zu Ihnen oder zu mir kommen wird, wenn wir unsere Waren nicht mit Verlust abgeben? No! Er wird ein körnchen Verstand oder doch einfachen tierischen Instinkt genug haben, um zu begreifen, von wem er am meisten Nutzen hat. Darüber können Sie beruhigt sein, Mr. Thomson!“

Mr. Thomson nahm seine Hornbrille ab und putzte sie ohne jeden ersichtlichen Grund. In seinen tiefen Runzeln sammelte sich der Schweiß. In diesem Augenblick kam Kapitän Brown auf einen glänzenden Gedanken. Sollte es nicht möglich sein, die Lage auszunutzen und das Pelzwerk einzuheimsen, auf dem dieser alte Affe saß? „Ich muß Sie weiter betreiben, lieber Thomson. Wahrscheinlich wird der Vertreter Ihrer Firma hier nicht mehr vorsehen. Illegal wird er die Zollgrenze Mr. Carrys nicht passieren wollen.“

„Das ist richtig“, sagte Mr. Harlowe, der die Absicht des Kapitäns erfaßt hatte.

„Ja, ja, Mr. Thomson“, fuhr der Kapitän fort, „es könnte auch mal sein, daß Ihnen Ihr Pelzwerk verfaßt. Bei uns ist es etwas anderes. Wir wagen etwas. Rutschen wir durch, dann ist es gut. Ihr ‚Olaf‘ ist eine beachtliche Firma. Und deren Schoner hat immerhin anderthalbtausend Tonnen! So sieht das aus, Mr. Thomson.“

Kapitän Brown stand auf, spuckte schwungvoll durchs Bullauge und ging in dem engen ‚Salon‘ auf und ab.

„Was soll ich denn mit meinem Pelzwerk anfangen?“ fragte Mr. Thomson angstvoll.

„Überlegen Sie es sich! Und nun, alt-eingesessener Bürger dieser Erde, raten Sie mir, wo ich vor Anker gehen kann, um möglichst rasch die Fahrt zu beenden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß irgend so ein sowjetisches Kanonenboot auftaucht und mich in einen wenig wünschenswerten Hafen bringt. Oh, ich fange an, an diese sowjetischen Burschen zu glauben!“

Mr. Thomson erhob sich, rieb noch einmal seine Hornbrille und lagte unsicher: „Sie werden ja selbst sehen, wo... Im übrigen gehen Sie doch in Enmaika vor Anker! Es heißt, Alitet habe in diesem Jahr einige Vorräte.“

Schweren Herzens bestieg Mr. Thomson die Baidara.

„Good bye, Mr. Brown! Guten Handel mit Alitet! Sie werden dann schon sehen, was in unser beider Interesse liegt!“

„All right, Mr. Thomson!“

Der Herzschlag des „Polar Bear“ setzte ein. Ein günstiger Wind blähte die Segel, und der „Polar Bear“ fuhr mit doppelter Zugkraft weiter, nach Norden.

„Was meinen Sie, Mr. Harlowe, wie Mr. Thomson sich fühlt?“

„Ich meine, Mr. Brown, daß ihn in der nächsten Nacht unbedingt der Schlag trifft.“

II

In diesem Sommer entstand unweit von Alitets Jaranga in der Siedlung Enmakai ein stolzer Bau wie ihn sonst nur die Weißgesichter haben. Er diente Alitet als Speicher.

Die Wände darinnen waren weiß, amerikanischer Zeltbau waren über Pfosten gespannt und ließen viel Licht durch. Deshalb war auch kein Fenster im Speicher. Das Dach war wie bei Mr. Thomson aus verzinktem Weblech und glänzte hell in der Sonne.

Sogar die schwachen Sonnenstrahlen, die sich durch die Wolken stahlen erwärmten es. Drinnen war es trocken. Aus der Ferne konnte man glauben, es sei ein großes, vornehmes Haus.

„Was soll ich denn mit meinem Pelzwerk anfangen?“ fragte Mr. Thomson angstvoll.

### Ein Leser schreibt...

Mannheim. Im allgemeinen überlasse ich zwar Statistiken meist denen, die damit herumjonglieren wie gewöhnliche Sterbliche mit Tennisbällen. Neulich las ich jedoch in der Mannheimer RNZ vom 6. d. M. eine Arbeitsamtsstatistik, die mich stutzig machte.

Unter der bezeichnenden Überschrift „günstige Entwicklung des Arbeitsmarktes“ stand dort, daß im Arbeitsamtsbezirk Mannheim die Arbeitslosenzahl Ende Mai gegenüber dem April von 6988 auf 6734 zurückgegangen sei. Das sind genau 254 Arbeitslose weniger als im Vormonat. Doch ich las weiter, und da stand schwarz auf weiß, daß sich die „Entspannung des Arbeitsmarktes“ besonders bei den Männern äußere, wo die Arbeitslosenzahl von 4974 im Vormonat auf 4088 zurückgegangen sei. Das ist doch die Höhe, dachte ich, bei den Männern allein soll die Arbeitslosenziffer von 886 zurückgegangen sein, während andererseits bei Männern und Frauen insgesamt nur ein Rückgang von 254 zu verzeichnen ist, da konnte doch irgend etwas nicht stimmen. Ich überlegte hin und her. Da glaubte ich, es zu haben. Esel, sagte ich zu mir selbst. Wie nun, wenn die Arbeitslosenzahl der Männer um 886 gesunken ist, während die der Frauen um 632 zugenommen hat? Dann bleiben, insgesamt gesehen, 254 Arbeitslose weniger, gegenüber dem Vormonat. Ich beschloß, der Sache auf die Spur zu gehen und schlug den „Morgen“ auf. Hätte ich einen Kneifer getragen, wäre er mir bestimmt verrutscht, denn, was ich dort las, war ein wahres „Glanzstück“ der Rechenkunst. Zunächst gibt man zu, daß die Gesamtzahl der Arbeitslosen von 6988 im April auf 6734 im Mai, also um 254, zurückgegangen ist.

Einige Zeilen weiter unten behauptet man jedoch klandeln, daß gegenüber dem Vormonat bei den Männern ein Rückgang von 886, bei den Frauen hingegen von 168 registriert werden konnte. Zusammen wäre das ein Rückgang von 1054 Arbeitslosen. Wie soll man diese Widersprüche verstehen?

Nicht anders, als das man versucht, mit derartigen „Rechenricks“ den ziemlich minimalen Rückgang der Arbeitslosenziffern zu verschleiern.

## Straßenbahn-Defizit und Tarif-Erhöpfung

Zusätzliche Belastung von 1,4 Millionen DM sollen die Fahrgäste tragen

Mannheim. Mannheims Stadtrat macht langsam von sich reden. Nachdem er erst kürzlich eine sehr unsoziale, indirekte Steuer, die Erhöhung der Müllabfuhr gutgeheißen hatte, ging am Mittwochmorgen nach stundenlangem scharfem Wortgefecht die Vorlage der Stadtverwaltung über die Erhöhung des Straßenbahntarifes, die eine erneute zusätzliche Belastung der Straßenbahnbenutzer in Höhe von 1,4 Millionen DM vorsieht, gegen die Stimmen der kommunistischen Fraktion durch.

Dieses Defizit der Straßenbahn im Haushaltsjahr 1950, das nach den Angaben Bürgermeister Trumpfhellers rund und nett die städtische Summe von 1.617.000 DM erreicht hat, soll mit dieser Vorlage, bei absinkender Kaufkraft und steigenden Preisen nicht etwa beseitigt, sondern reduziert werden auf einen Fehlbetrag von „nur 817.000 DM“, durch eine Erhöhung des Tarifs, praktisch also durch die Abwälzung auf die werktätige Bevölkerung Mannheims.

Bei der Begründung führte Bürgermeister Trumpfheller u. a. an, daß bei Beibehaltung des bisherigen Tarifes durch die Einnahmen nicht einmal die laufenden Kosten gedeckt werden könnten. In die Verteidigung der Vorlage bezog Trumpfheller neben den Kriegsschäden und dem Wagenverschleiß auch die „Erhöhung des Lohnniveaus“ ein. Die kommunistische Fraktion hatte den Antrag eingebracht, die Vorlage der Stadtverwaltung abzulehnen und statt dessen einen neuen Tarifvorschlag auszuarbeiten, der unter Berücksichtigung des technischen Verschleißes der Straßenbahn, mit der tatsächlichen sozialen Lage der Hauptmasse der Fahrgäste verträglich ist, und die Behebung der Kriegsschäden der Verkehrsunternehmen aus den Mitteln des Bundes und der Länder fordert. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages hatte die kommunistische Fraktion eine Reihe von Eventual-Anträgen gestellt und dabei ein Tarifbild entworfen, (s. Volksecho vom 6. Juni 1950) welches diesen Gesichtspunkten entspricht und deren

Preisgestaltung wesentlich niedriger als die der städtischen Vorlage liegt. Für Unterstützungsempfänger (Arbeitslose, Fürsorgeempfänger, Kleinrentner) forderte die kommunistische Fraktion für diese Aermsten der Armen einmal im Monat ein Fahrscheinheft über zehn Fahrten zum Preise von 1.- DM. Stadtrat Stark (KPD) führte zur Antragsbegründung aus, daß kommunale Betriebe sozial gesteuert werden müßten. Der neue Tarif sei nichts anderes als eine eklantante, getarnte indirekte Steuer und geht ausgerechnet in der heutigen Notzeit von der Annahme aus, daß der Etat der Straßenbahn ausgeglichen sein müsse, obschon es im Bundesgebiet wohl keine Gemeinde gäbe, deren Verkehrsbetriebe-Etat auch nur annähernd ausgeglichen sei.

Daß man diesen Versuch eines Ausgleiches ausgerechnet auf den Rücken der breiten Masse abwälzen wolle, dagegen verwahrte sich der Sprecher der kommunistischen Fraktion auf das Entschiedenste. Die Behauptung, das Lohnniveau habe sich erhöht, entkräftete Stadtrat Stark durch den einfachen Hinweis auf die Statistik des wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften, die zu dem Ergebnis kam, daß praktisch der Reallohn heute 58 bis 60 Prozent unter dem der Vorkriegszeit liegt. Stadtrat Stark richtete noch einen eindringlichen Appell an die sozialdemokratische Fraktion, sich der eminenten Tragweite der Vorlage für die Werktätigen bewußt zu sein und die kommunistischen Anträge zu unterstützen.

Dieser Appell erfuhr leider eine brüsk formulierte Absage durch den Fraktionsvorsitzenden der SPD und die empörende Unterstellung, die kommunistische Arbeit in den Ländern und den Gemeinden ziele darauf ab, die öffentlichen Finanzen in Unordnung zu bringen! Hier erhob sich Stadtrat Looperer (KPD) zu einer geharnischten Replik. Dieser Ausfall Stadtrats Sommers zeugte

von einer bedauernden Naivität. Die Erhöhung des Tarifs bedeute eine weitere Verringerung der Kaufkraft und die Abwanderung der Fahrgäste auf das Fahrrad. Schon bei der Einführung des Umsteigefahrschein habe man dem Stadtrat mit Block und Bleistift vorgerechnet, daß damit das Defizit endlich behoben sein würde. Dieselbe Argumentation höre man auch wieder bei dieser Vorlage. Dem gegenüber steht die Tatsache, daß die Löhne und Gehälter absolut keine weitere Belastung vertragen.

Die kommunistischen Anträge wurden samt und sonders niedergestimmt. Die Erhöhung des Tarifes, die am 1. September in Kraft tritt, sieht nun im wesentlichen vor: Eine Fahrt bis zu fünf Teilstrecken 25, bis sieben 30, bis neun Teilstrecken 35 und darüber 40 Pfennige. Der Einheitsarif ist demnach also aufgehoben und geht wieder über zu einem gestaffelten Tarif nach Länge der Fahrstrecke. Fünf Fahrtenhefte bis zu fünf Teilstrecken sollen 1.- DM, bis sieben 1,30, bis neun 1,60 und darüber 1,80 DM kosten. Bei Beibehaltung der Einkommensgrenze von 300 DM (der kommunistische Antrag sah als Maximalgrenze 375 DM vor) kosten nun die Wochenfahrtscheinhefte für Berufstätige bei zehn Fahrten in der gleichen Teilstreckenstaffelung 1,50, 1,80, 2,10 und 2,40 DM. In letzter Minute hatte die sozialdemokratische Fraktion gemeinsam mit der CDU einen Antrag eingebracht, der die Herabsetzung der neuen Preise für Berufsfahrscheine um je ganze zehn Pfennige vorsah! Dieser Antrag fand, gegen die Stimmen der kommunistischen Fraktion, die Billigung des Stadtrates.

Beigeordneter Ritter hatte einen Antrag auf Senkung des Gebührentarifs bei Erteilung von Zug- und Aufenthaltsbewilligungen eingebracht, dem ohne Debatte einstimmig stattgegeben wurde.

### Bedauerndes Versehen

Veranstaltungen der KPD, Kr. Mannheim  
Schwetzingerstadt: Samstag, 10. Juni, 20 Uhr, im Lokal „Willig“, Generalmitgliederversammlung.  
Sandhofen: Samstag, 10. Juni, 20 Uhr, im Lokal „Gambirun“, Generalmitgliederversammlung.

Org.- und Pol.-Lettersitzung der Wohngebietsgruppen und Stadtteilorganisationen wird von Montag, 12. Juni, auf Montag, 19. Juni verlegt.

Versammlung der Schwetzingerstadt wird auf 10. Juni verlegt.

Neckarst.-Ost: Wohngebietsgruppe Wohlgelegen: Freitag, 9. Juni, 19.30 Uhr, in der Wohlgelegenschule Mitgliederversammlung.

Neustheim: Freitag, 9. Juni, 20.30 Uhr, im Autohof, Mitgliederversammlung.

Luzenberg: Freitag, 9. Juni, 20 Uhr, in der Luzenbergschule, Funktionärsitzung.

Edingen: Freitag, 9. Juni, 20.30 Uhr, im Lokal „Lamm“, Mitgliederversammlung.

## Kinderfest

zum Internationalen Kindertag

am Sonntag, den 11. Juni, nachm. 14.00 Uhr auf dem Mannheim-Nordplatz

Märchenfilme, Kasperltheater, Gesellschaftsspiele (Wurstschoppen, Eierlaufen usw.), Kindersambanz und vieles mehr. Eintritt 20 Pfg. Eltern, kommt mit Euch Kindern!

Falscher CID-Beamter begauert Geschäftsmann

Mannheim. Doppelt hereingelegt wurde von einem angeblichen CID-Agenten ein Zigarrenhändler in der Innenstadt, der von diesem zur Besorgung von acht Stangen amerikanischen Zigaretten gebeten wurde. Da der Geschäftsinhaber diese Zigaretten nicht vorrätig hatte, mußte er sich dieselben erst beschaffen. Der Fremde kehrte wieder zurück und nahm das gewünschte Paket, allerdings ohne Bezahlung, in Empfang. Eine von ihm vorgelegte Karte der CID hatte auf den Geschäftsmann einen derartigen Eindruck gemacht, daß er anscheinend auf die Zahlung des Gegenwertes wenig Wert legte. Diese günstige Situation schien auch dem falschen CID-Agenten nicht entgangen zu sein; denn zwei Tage später erschien er nochmals in dem gleichen Geschäft und verlangte als Strafe für die Abgabe amerikanischer Zigaretten einen Betrag von 200 DM. Diese Strafumme wurde dem Unbekannten ausbezahlt. Als der Gauner sogar die Freiheit besaß, wiederum zwei Tage später, den Inhaber aufzufordern, mit ihm zur Militärpolizei zu gehen, zog es der Unbekannte vor, in einem vor dem Hause stehenden Auto zu verschwinden, nachdem ihm bedeutet wurde, daß dieser Stelle die Angelegenheit bereits bekannt sei.

### Polscher DP mit Diebesbeute

Mannheim. In der Nähe des Steges, bei der Friedrichsbrücke, wurde ein betrunkenen polnischer DP in Haft genommen, der zwar keine Ausweispaapiere bei sich trug, dagegen aber im Besitze einer Kiste mit Stoffen war, die kurz vorher gewaltsam durch Einschlagen der Fensterscheibe aus einem auf dem Meßplatz abgestellten PKW gestohlen worden war.

### Dr. Herterich-Heidelberg soll Nachfolger Rosen in Tübingen werden

Tübingen. (Iwb.) Als Nachfolger des nach Kassel berufenen Intendanten des Städtetheaters Tübingen-Reutlingen, Paul Rose, ist Dr. Fritz Herterich von den Städt. Bühnen Heidelberg in Aussicht genommen worden. Die Bestellung wird erfolgen, sobald der Landtag die Vorschläge für den Haushaltsplan und die Rechtsform des Theaters gebilligt hat.

Die Gesellschaft zum Studium der Sowjetunion, Gruppe Mannheim, gestattet sich, Sie auf ihre Veranstaltung am Montag, 12. Juni 1950, 20 Uhr, in der Wirtschaftshochschule Mannheim, aufmerksam zu machen.

### Professor Dr. GAILLARD

vom Theaterwissenschaftlichen Institut, Weimar

spricht über das Thema:

### Theater und Publikum in der Sowjetunion

Wir würden uns freuen, Sie bei dieser Veranstaltung begrüßen zu können und möchten Sie bitten, auch Interessenten aus Ihrem Bekanntenkreis auf diese Veranstaltung hinzuweisen.

Gesellschaft zum Studium der Sowjet-Union  
Gruppe Mannheim

## Hornberger Schießen um die Verwaltungsreform

Keine Bevorzugung bei Pensionen, wenn noch Millionen Kriegsgopfer nur vegetieren

Stuttgart. (EB) In der Dienstagssitzung beschäftigte sich der Landtag von Württemberg-Baden, in zweiter und dritter Lesung mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Zahlung von Unterhaltsbeiträgen an berufsmäßige Wehrmachtsangehörige und ihre Hinterbliebenen. Abg. Simpfendorfer (CDU) fand sehr warme Worte für die „armen, in größter Not lebenden ehemaligen Wehrmachtsangehörigen, die sehr starken Widerstand gegen den Nazismus geleistet hätten“, als er sich im Namen seiner Fraktion für eine Erhöhung ihrer Renten aussprach, die das Land Württemberg-Baden jährlich die runde Summe von 605.000 DM mehr kostet.

Für die KPD-Fraktion erklärte Abg. Klausmann, daß er eine Bevorzugung einer bestimmten Kategorie von Renteneempfängern ablehnen müsse, solange noch Millionen von Kriegsgopfern mit ihrer kärglichen Rente vegetieren. Er verwies auf den Antrag der KPD-Fraktion im Bundestag, der eine 6prozentige Erhöhung aller Renten vorsah. Durch die Annahme dieses Antrages wäre die Existenzmöglichkeit aller Kriegsgopfer, einschließlich der ehemaligen berufsmäßigen Wehrmachtsangehörigen und ihrer Hinterbliebenen, gesichert worden. Bei der Abstimmung sprach sich die KPD-Fraktion gegen eine einseitige Erhöhung der Renten zugunsten der Berufssoldaten aus und lehnte den Gesetzentwurf ab.

Dem Haus lag weiter ein Antrag des Verwaltungsausschusses, die Durchführung der Verwaltungsreform betreffend, vor. Es zeigte sich erneut, daß die maßgeblichen Stellen weit davon entfernt sind, die Reform endlich in Angriff zu nehmen. Seit etwa einem Jahr kam sie vors Plenum. Seither wandert die Verwaltungsreform von einem Ausschuß zum andern, und auch in der gestrigen Sitzung erlitt sie wieder dasselbe Schicksal. Sie wurde an den Ausschuß zurückverwiesen.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob die bisherige Praxis allein den Zweck verfolge, nach 1945 in die Verwaltung eingetretene Angestellte und Beamte zugunsten ehemaliger Nazis auszubooßen, zeigt doch der Beschäftigtenstand, daß die Zahl der bisher Entlassenen durch Neueinstellungen wieder aufgewogen und zum Teil übertroffen wird. Der Zweck der Verwaltungsreform — die Einsparung von Steuergeldern — wurde dadurch nicht nur nicht erreicht, sondern ins Gegenteil verkehrt, zumal die Tendenz vorherrscht, die Entlassungen vornehmlich bei den niedrigen Lohn- und Gehaltsgruppen vorzunehmen und die mittlere höhere Verwaltungsbürokratie noch weiter aufzublähen.

### „Polonaise“

Ein Film von Frédéric Chopin  
Mannheim. In den Alster-Lichtspielen läuft gegenwärtig als Wochenprogramm der Columbia-Technicolor-Farbfilm „Polonaise“, der den kurzen Lebensabschnitt des bisher größten polnischen Komponisten, Frédéric Chopin, behandelt.

Aktive Teilnahme am nationalen Befreiungskampf, und die Sehnsucht nach künst-

lerischem Ruhm, lassen den jungen Chopin vor dem Druck der zaristischen Gewaltherrschaft mit seinem deutschen Lehrmeister nach Paris fliehen. Neben der Reihe glänzender musikalischer Talente des 19. Jahrhunderts gelingt ihm dort der Sprung zu europäischer Geltung als Komponist und Pianist und er erfährt hier auch die für ihn schicksalhafte Begegnung mit der französischen Schriftstellerin George Sand. Polnische Intelligenz und das polnische Volk verbluten unterdeß in operreichen Aufständen. Chopin träumt und phantasiert am Piano. Der Mahnruf der Jugendgeleiteten bringt ihn zur Besinnung, aber auf einer Konzertreise, zu Gunsten der polnischen Patrioten, ereilt ihn der frühzeitige Tod.

Der Film bezieht im wesentlichen seine Substanz von Chopins gefühlsgeprägter, romantischer Musik her und macht den Widerspruch in seinem Wesen: die Realität des politischen Denkens und die Flucht in die Idealität romantischer Musik auszeichnet offenbar. Die Figur der George Sand (Merle Oberon aus „Die scharlachrote Blume“ weltbekannt) ist etwas verzeichnet, wie überhaupt die Beziehungen der Beiden zu Gunsten einer größeren Wirksamkeit der historischen Wahrheit gegenüber nicht ganz standhalten. Subtilste Leistung und ein schauspielerisches Kabinettstück ist der Professor Eisner von Paul Muni, den sensitiven Chopin gestaltet überzeugend. Cornel Wilde. Kleine Schwächen können das musikalische wie farbige Erlebnis dieses Films weiter nicht beeinträchtigen.

### „Manege frei!“

Ein Grock-Film in der Schauburg-Karlsruhe  
In diesem deutsch-französischen Gemeinschaftsfilm läßt der berühmte Clown Grock sein Leben filmisch festhalten. Es wäre aber weit erquicklicher gewesen, hätte man sich darauf beschränkt, Grocks bekannte Nummern zu zeigen und darauf verzichtet, sie in einer banalen, dilettantisch zurechtgestoppten Handlung eingebettet, vorzuführen.

Herr Grock, alias Adrian Wettach, ließ seinen Namen für ein zusammenhangloses Gestammel gründlich mißbrauchen. Er weiß gewissermaßen in den Zwischenpausen über die neuen amerikanischen Superbomber und Düsenflugzeuge, über Massenvernichtungsmittel und Atomwaffen zu lamentieren, kommt aber über die Feststellung des Unheils nicht hinaus. Anstatt die Kriegstreiber anzuprangern, verliert er sich in einer weise sein sollenden Lamentation.

Das Publikum hielt sich an die Höhepunkte der weltberühmten Zugnummern, an den altbekannten, beliebten, fiedelnden, singenden, unannäherlich gravitätisch daherschreitenden großen Clown mit dem großen Koffer und dem gültigen Lächeln. Und diesen warmerzogenen Humor wiederzusehen, war das einzig Erfreuliche. Man sollte diese Passagen gesondert vorführen und den übrigen Film-Mischmasch wegwerten! Denn mehr als ein großer Clown zu sein ist selbst einem Grock „mit mööög-

## Ein Schandfleck der Adenauerschen Sozialpolitik

Kriegsgopfer sind am 20. Juni überall zum Kampf bereit

Schwetzingen. Wie z. Zt. im gesamten Bundesgebiet, so hatten sich am Wochenende auch in Schwetzingen die Körperbeschädigten, Hinterbliebenen und Sozialrentner zusammengeschlossen, um zum letzten Male einen Appell an die Regierung in Bonn zu richten, die Bearbeitung des neuen Versorgungsgesetzes zu beschleunigen. Die Ausführungen des Referenten kennzeichneten in aller Deutlichkeit den Ernst der Situation.

Im Hinblick auf die schönen Worte und Versprechungen des Arbeitsministeriums, welche natürlich nur der Verschleppung des Versorgungsgesetzes dienen sollen, bemerkte der Redner, daß sich der VdK nicht mehr länger auf Glatteis führen lassen werde, zudem es offensichtlich sei, das gerade im Arbeitsministerium der größte Feind der Kriegsgopfer sitze. Aber der Verband würde auf Grund seiner großen Mitgliederzahl (er ist die zweitstärkste Organisation Westdeutschlands und kommt unmittelbar hinter den Gewerkschaften) die Macht besitzen, seine gerechten Forderungen auch durchzusetzen. Wenn es sein müßte, würde ab 20. Juni, dem letzten Tag, der der Bonner Regierung gestellten Frist, eine Sprache geredet werden, über deren Ernst es keine Zweifel geben dürfe.

Als einen Schandfleck der bestehenden westdeutschen Sozialpolitik bezeichnete der Redner die augenblickliche Versorgung der Kriegsgopfer. Man wolle keine Rentenarmen, sondern soziale Gerechtigkeit und es sei eine Verpflichtung des Staates dafür zu sorgen, daß die Lasten des Krieges nicht nur von einem Teil des Volkes getragen werden. Von allen Dingen könnten die Renten des neuen Versorgungsgesetzes auf keinen Fall nach der niedrigsten Lohnstufe ausgerichtet werden.

Entschieden wandte man sich auch gegen eine eventuelle nochmalige „Rentenverbesserung“, wie der vor einigen Monaten genehmigte 20prozentige Rentenzuschlag in deren „Genuß“ beispielsweise in Hockenheim lediglich 12 Personen gekommen sind. Eine nochmalige Abspeisung dieser Art würde sich der Verband auf keinen Fall mehr gefallen lassen. Wenn die Millionen von Kriegsbeschädigten, Witwen und Waisen bald wieder ihr Bekenntnis zu diesem Staat ablegen werden, dann wird dieses Bekenntnis das Resultat ihrer Eindrücke von diesem Staat sein und dessen was man bisher für die Kriegsgopfer getan hat.

### Nordbadische Krankenhausesellschaft für Erhöhung der Pflegekosten

Weinheim a. d. Bergstr. (Iwb.). Auf der Verbandstagung 1950 der nordbadischen Krankenhausesellschaft in Weinheim billigten die Versammelten einstimmig mehrere Anträge, die der deutschen Krankenhausesellschaft vorgelegt werden sollen. Unter anderem wurde eine Angleichung der Pflegesätze an die letzte Preiserhöhung für Brot gefordert. Die deutsche Krankenhausesellschaft wird ferner ersucht, für eine einheitliche Ordnung der Nebenkosten sowie für die Klärung der Vergütungsfrage der ambulanten Leistungen durch die Krankenkassen zu sorgen. Landtag und Regierung wurden dringend ersucht, den Krankenhäusern zur Beseitigung von Kriegsschäden, zur Finanzierung des Nachholbedarfes und zur Durchführung von Erweiterungs- und Neubauten die finanziellen Mittel in Form von verlorenen Zuschüssen oder zu verbilligten Zinssätzen und erleichterten Rückzahlungsbedingungen zur Verfügung zu stellen.

## NATIONAL-THEATER MANNHEIM

Spielplan vom 11. bis 19. Juni 1950

Sonntag, 11. Juni: 12. Morgenveranstaltung. Klavier-Matinee Erwin Schmieder. Werke von Händel, Beethoven, Schumann und Schubert. (Eintrittspreis 0,50 bis 3.- DM.) Anfang 11, Ende 12.30 Uhr.  
Sonntag, 11. Juni, nachmittags: „Fußball-Toto“. Lustspiel von Arnold Ridley. (Zu ermäß. Preisen.) Anfang 14.30, Ende 17 Uhr.  
Sonntag, 11. Juni: Zum letzten Male: „Fidelio“. Oper von L. v. Beethoven. (Außer Miete.) Anfang 19.30, Ende 21.15 Uhr.  
Montag, 12. Juni: „Hoffmanns Erzählungen“. Phantastische Oper von J. Offenbach. (Miete C Nr. 14 und fr. Verk.) Anfang 19.30, Ende etwa 22.30 Uhr.  
Dienstag, 13. Juni: „Die ungarische Hochzeit“. Operette von Nico Dostal. (Miete L Nr. 14 u. fr. Verk.) Anfang 19.30, Ende 21.15 Uhr.  
Mittwoch, 14. Juni (für die Schüler höherer Lehranstalten: „Tannhäuser“. Oper von Richard Wagner. Anfang vorm. 10, Ende etwa 13.30 Uhr.  
Mittwoch, 14. Juni: „Die Räuber“. Schauspiel von Fr. v. Schiller. (Miete H Nr. 14 und fr. Verk.) Anfang 19.30, Ende etwa 22.30 Uhr.  
Donnerstag, 15. Juni: „Der Freischütz“. Romantische Oper von C. M. v. Weber. (Miete D Nr. 14 und fr. Verk.) Anfang 19.30 Uhr, Ende etwa 22.30 Uhr.  
Freitag, 16. Juni: Zum letzten Male: „Die Räuber“. Schauspiel von Fr. v. Schiller. (Miete N Nr. 14 und fr. Verk.) Anfang 19 Uhr, Ende etwa 22.30 Uhr.  
Samstag, 17. Juni: Zu volkstümlichen Preisen! „Meine Schwester und ich“. Musikal. Lustspiel von Ralph Benatzky. (Außer Miete - Eintrittspreise 0,50 bis 3.- DM.) Anfang 19 Uhr, Ende etwa 21.30 Uhr.  
Sonntag, 18. Juni: Nachmittagsvorstellung zu ermäßigten Preisen: „Meine Schwester und ich“. Musikal. Lustspiel von Ralph Benatzky. Anfang 15, Ende etwa 17.30 Uhr.  
Sonntag, 18. Juni: Gastspiel Kammeränger Peter Anders als Cavardossi in „Tosca“. Oper von G. Puccini. (Außer Miete - Eintrittspreise 1,50 bis 7 DM.) Anfang 20, Ende etwa 22.30 Uhr.  
Montag, 19. Juni: „Die ungarische Hochzeit“. Operette von Nico Dostal. (Miete E Nr. 14 und fr. Verk.) Anfang 19.30, Ende 21.15 Uhr.

### Gastspiel:

Freitag, 16. Juni Gastspiel in Sandhofen „Morgenstern“. Die ungarische Hochzeit. Operette von Nico Dostal. Anfang 20 Uhr, Ende etwa 22.45 Uhr.

## Erfolgreiche Werbung im Badischen-Volksecho

## FILMTHEATER

Mannheim

**CAPITOL** am Meßplatz Tel. 511 86  
Mark Stevens und Richard Widmark in:  
**Straße ohne Namen**  
Eine furchtbare Verbrecherbande wird in atemberaubenden Szenen zur Strecke gebracht!  
Beginn: 14.00, 16.30, 19.00 und 21.00 Uhr.

Lichtspielhaus **MULLER**  
**LA JANA - HANS SÖHNER** in:  
**TRUXA**  
Wirbelnder Tanz, feurige Musik — Ein Reigen schöner Frauen — Nervenkitzel und Spiel mit dem Tode.  
Beginn: 16.00, 18.15, 20.30, sonntags ab 14.00 Uhr.

## Drucksachen

liefert rasch und preiswert  
**Rhein-Druck**  
G. m. b. H.  
Mannheim S 3, 10

## Schreibmaschinen Rechenmaschinen

verkauft seit über 25 Jahren  
**Stib**  
MANNHEIM-D 4, 6

## 9. Juni - Freitag 21.00

ALSTER-LICHTSPIELE

### Gesamtgastspiel Willi Schaeffers Kabarett der Komiker, Berlin

I. Teil: Das Beste vom Besten Topsy Konorah - Drei Rulands Peppino - Das Sunshine-Quartett - Conference: Günter Keli - Willi Schaeffers  
II. Teil: Wir sind über'n Berg Eine Kabarett-Revue Mitwirkende: Berliner Premierenbestanz  
Veranstalt.: Heinz Hoffmeister Konzerdirektion G. m. b. H. Mannheim N 7, 8

Karten zu DM 1,50 bis 4,50 i. d. bekannten Vorverkaufsstellen, täglich ab 12.30 Uhr an der Tageskasse Alster-Lichtspiele



Rabiate Veronika

Stuttgart. Wegen ruhestörenden Lärms und Widerstands gegen die Staatsgewalt stand die 21 Jahre alte Friederike L. vor dem Stuttgarter Amtsgericht. Die Angeklagte hatte im Dezember in Begleitung ihres amerikanischen Freundes derartig gelläut, daß sie von der MP zur Polizeiwache in der Weimarstraße gebracht wurde. Dort schlug sie um sich und beschimpfte einen deutschen Polizisten, weil sie sich als Braut eines Amerikaners von „deutschen Dreckschweinen“ nichts zu sagen lassen brauche. Sie wurde sogar handgreiflich, und als sie sich wütend auf den Boden warf, konnte sie erst ein Schuß kaltes Wasser wieder zu sich bringen.

Bei der Hauptverhandlung, zu der sie ihren amerikanischen Freund mitgebracht hatte, benahm sie sich nicht viel besser und ihr Freund brachte seinen Unwillen kräftig zum Ausdruck. Das Gericht ließ sich dieses Verhalten gefallen und unternahm auch nichts, als Friederike heftig auf die „Saugermans“ schimpfte, nachdem sie das Urteil (20 DM Geldstrafe wegen Ruhestörung und 50 DM wegen Widerstands gegen Staatsgewalt) vernommen hatte. (Iwb) (VS) Das hätte sich einmal ein „gewöhnlicher“ Deutscher ohne amerikanische Rückendeckung erlauben sollen, bekanntlich sind Richter im allgemeinen recht empfindlich. Aber in einem Kolonialstaat hat auch die Unabhängigkeit der Justiz ihre Grenzen.

Badisches Staatstheater Karlsruhe Heute, um 19.30 Uhr, im Schauspielhaus: „Der Richter von Zalamea“.

Am Samstag, dem 10. 6., um 19.30 Uhr, im Konzerthaus bei kleinen Preisen von —60 bis 3.10 DM: „Wo die Lerche singt“. Operette von Franz Lehár (letzte Aufführung).

Wer ist hier überm Berg?

Komik auf Kosten des Humors und des Geistes

So könnte man es charakterisieren, was am Montag von dem Gesamtspiel Willi Scheffers im Stadttheater Heidelberg geboten wurde.

Wir wollen gleich den Esel vom Schwanz aufzäumen: „Wir sind überm Berg — hat Reuter gesagt (2. Teil)“. Schon diese Einschränkung läßt erkennen, daß „wir“ noch lange nicht überm Berg sind, aber der Berg bald über uns! Daran kann auch ein Angeber — pardon — Ansager nichts ändern. Eins bleibt uns vorläufig noch zu tun übrig: Mit Augenkleister und Ohrenschmalz dem hochwohlhülllichen Bürger die eigene Unsicherheit wegdisputieren und mit viel Stimmaufwand, Tantom und Trara im Negativsten geistreich erscheinen wollen, wenn es gilt, die Deutsche Demokratische Republik und die Sowjetunion zu verunglimpfen.

Der satte Spießer quietscht vor Vergnügen, als der „volkseigene Direktor“ auf Trapez kam und amüsierte sich unter Grinsen königlich, als die ältesten Kalauer einer üblen Hetzkampagne gegen die sowjetische Besatzungsmacht und den Regierungschef der UdSSR aus der komischen Mottenkiste hervorgeholt wurden.

Aber dann kam der „Clou des Abends“: „Das beste kabarettistische Stück des Jahres: „Wir sind überm Berg.“ (Offen gestanden, glauben tut das sowieso kein Mensch!) Mit der Steinzeit fngs an. Natürlich immer schön in Verbindung mit der Gegenwart und als Gegenwert für die Lizenz: Steinwürfe gegen die SU. Eine geschmacklose Szene aus Griechenland konnte auch nur gedeihen im Dunste der üblichen „Ausfälle.“

Auch der Wiener Kongreß mußte herhalten, um in dieselbe Kerbe hauen zu können. Dann ein großer Sprung in die Neuzeit. Eine Dose Kampf! Sieger in dem Kampf Iwandritsch Star gegen Trenchcot blieb... der Schiedsrichter, der deutsche Schiedsrichter!

Wärüm sollte man nun, um die Geschmack- und Geistlosigkeit noch zu überbieten, nicht auch die neuesten amerikanischen „Kulturerrungenschaften“ mit einbauen? Maria Nackedeia und Westberliner Taxigirls? Das ist halt Kultur!!

„Berlin raucht Chesterfield!“ Ob's ihnen nicht mal zu teuer zu stehen kommt — sich ausländischen blauen Dunst vorzumachen und die Demokratie als Samba aufzuziehen, wie man es auf der Bühne sah?

„Wir sind überm Berg“, ja, man sah's, es ging laufend bergab!

Dieser Eindruck konnte auch nicht verwischt werden, als zum Schluß alle komischen Personen beim Ringelreihen beteuerten: „Wir sind überm Berg, hat Reuter gesagt.“ Ueber den Berg kommt man nicht mit solch billigen Jahrmaktsposen und Blendwerk. Wie ein Hohn klangen die Worte: „Wir sind überm Berg“ nach der anfänglichen Schilderung der trostlosen Lage der Matrosen in Hamburg — Schwanengesang für ganz Westdeutschland!

Nein, nein, ihr komischen Komiker. Wir wissen, wie man „über den Berg kommt!“ Nicht mit dem Quaal der Chesterfield, sondern aus eigener Kraft, mit eigenen Mitteln! Das ist der Weg, den die soviel ge-

schmähte SU siegreich gegangen ist, das ist der Weg, den die DDR gewählt hat, wo die Menschen aus wirklich überzeugtem Herzen, ohne einen Falschreuter zu zitieren, sagen können:

„Wir sind überm Berg!“

Unruhe in Jägerkreisen

Heidelberg. Von einer freien Jagdausübung durch Deutsche kann heute immer noch keine Rede sein, trotzdem die deutschen Jagdpächter schon seit geraumer Zeit treu und bieder ihre Pacht bezahlen. Sie tun letzteres, weil sie optimistisch genug sind dennoch zu hoffen, daß Herr McCloy schließlich einmal den deutschen Jägern ungetrübtes Waidmannsrecht zubilligen wird, andererseits glauben viele, dadurch noch einen gewissen Einfluß auf die Art der Jagdausübung zu erhalten. Man möchte das Wild vor der Ausrottung schützen, da bekanntlicherweise noch so schussichere Soldaten keine Jäger sind.

Blicken wir in unsere Wälder, so sehen wir das Rehwild zum großen Teil abgeschossen, das Rotwild stark dezimiert, hingegen das Schwarzwild sehr zahlreich vertreten, sodaß die Bauern um ihre Felder vor den verheerenden Verwüstungen der Wildsauen zu schützen, ihre liebe Not haben. Bald jedes ländliche Forum befaßt sich mit diesem heiklen Problem.

Vor kurzem kursierte nun in Jägerkreisen das Gerücht, daß sowohl in der britischen, als auch in der amerikanischen Zone eine Verordnung erlassen werden soll, nach der weitere Jagdreviere für die Bejagung durch

Besatzungssoldaten beschlagnahmt werden sollen. Die Beschlagnahmung soll etwa in der Form erfolgen, daß jeder Besatzungsangehöriger 300 ha Jagdgelände zu beanspruchen hat.

Damit hatte man die deutschen Jäger, die man bislang durch Versprechungen hinhielt, gelinde gesagt übers Ohr gehauen, die zahlreichen Indizien unwaiderlicher Jagdausübung, die in Form von verlüdertem Wild nur allzu deutlich in Erscheinung treten, würden überhand nehmen und der deutschen Bevölkerung wieder einmal bewiesen, daß ihre Interessen laufend mißachtet werden.

Aus dem Parteileben

Veranstaltungen der KPD Karlsruhe

Karlsruhe-Innen West. Freitag, 9. 6. 50, 20 Uhr, im Parteibüro: Mitgliederversammlung. Thema: Bericht über das Deutschlandtreffen.

Veranstaltung der KPD Heidelberg

Sandhausen. Freitag, 9. 6. 50, 20 Uhr: Mitgliederversammlung.

St. Ilgen. Freitag, 9. 6. 50, 20 Uhr: Mitgliederversammlung.

Wiesloch. Freitag, 9. 6. 50, 20 Uhr: Mitgliederversammlung.

Walldorf. Freitag, 9. 6. 50, 20 Uhr: Mitgliederversammlung.

TERMINE DER FDJ

Karlsruhe-Knielingen. Freitag, 9. 6. 50, 20 Uhr, in der Neufeldstraße Nr. 29, ein öffentliches Forum über das Thema: „Was war zu Pfingsten in Berlin los?“

Oberliga drängte Südwest aus dem SVF hinaus

Mit 18 Vereinen ab 20. August — Eine unmögliche 2. Division

Die Spielsystem-Kommission nahm bei ihrer Sitzung am 3. Juni in Stuttgart zu der Haltung des Südwestdeutschen Fußballverbandes Stellung. Nach längerer Aussprache gab Karl Fahrbach, Ludwigshafen, als Vorsitzender des Südwestdeutschen Fußballverbandes folgende Erklärung ab:

„Wenn es nicht möglich ist, aus der südwestdeutschen ersten Liga unter Einbeziehung des südwestdeutschen Raumes sofort zwei Gruppen zu je 16 Vereinen zu bilden, muß der Südwestdeutsche Fußballverband seine Forderung, ein selbständiger Regionalverband des DFB zu werden, aufrechterhalten.“

Da dem Wunsch auf Bildung zweier Oberligagruppen aus grundsätzlichen Erwägungen heraus nicht entsprochen werden konnte, bat Fahrbach darum, den Austritt seines Verbandes aus dem SVF zu genehmigen. Dieser Bitte wurde unter der Voraussetzung entsprochen, daß der Austritt vom Südwestdeutschen Fußballverband auf dessen Verbandstag am 23. Juli in Kaiserslautern beschlossen und vom DFB akzeptiert wird.

Die Vorsitzenden des südbadischen Fußballverbandes, Professor Dr. Glaser, Freiburg, und des Fußballverbandes Württemberg-Hohenzollern, Hohner, Trossingen, erklärten darauf, daß sie mit ihren Verbänden im SVF bleiben wollten. Die Spielsystem-Kommission beschloß darauf, die südwestdeutsche erste Liga unter Hinzuziehung von zwei Vertretern der Südzonen-Liga für das Spieljahr 1950/51 auf 18 Vereine zu erhöhen. Der erste Vertreter ist der Teilnehmer an den DFB-Endspielen SSV Reutlingen, der zweite Vertreter muß bis 30. Juni 1950 durch Entscheidungsspiele zwischen Tübingen, FC Freiburg, FC 04 Singen und dem noch nicht feststehenden Tabellenfünften ermittelt werden. Nach Abschluß des Spieljahres 1950/51 steigen vier Vereine ab und nur zwei Vereine auf, so daß im Spieljahr 1951/52 wieder die Normalzahl von 16 Vereinen erreicht sein wird. Die neue Verbandsspielzeit der ersten Liga beginnt am 20. August 1950.

Bei der Aussprache über die zweite Vertragsspieler-Liga setzte sich der Gesichtspunkt durch, diese zweite Liga möglichst klein zu halten, um eine starke Amateurliga zu gewährleisten. Der Beschluß, die zweite Liga auch nur in einer Gruppe von 18 Vereinen spielen zu lassen, wurde von der Kommission einstimmig gefaßt. Die 18 Vereine verteilen sich auf: Bayern 6 (einschließlich Jahn Regensburg), Hessen 4 (einschl. Viktoria Aschaffenburg), Württemberg 3 (einschl. Stuttgarter Kickers), Baden 2, Südzonenliga 3.

Auch in dieser Spielklasse soll ein Abstieg von 4 und ein Aufstieg von 2 Vereinen erfolgen, so daß der Amateurliga eine Aufstiegsmöglichkeit geboten ist. Die in Frage kommenden Mannschaften sind von den Landesfußballverbänden zu melden.

Die Auswahl soll in erster Linie nach der Tabellenposition des abgelaufenen Spieljahres erfolgen.

Um den 18. Vertreter der süddeutschen Oberliga

Der 18. Vertreter der süddeutschen Fußballoberliga in der Saison 1950—51 wird in einer einfachen Punktserie auf neutralen Plätzen unter Teilnahme der Vereine FC 04 Singen, Freiburger FC und VfL Konstanz ermittelt, nachdem der SV Tübingen freiwillig auf die Teilnahme an den Ausscheidungsspielen verzichtete. Bei Punktgleichheit entscheidet das Torverhältnis. Der Spielplan wurde wie folgt angesetzt:

14. Juni: FC Singen — VfL Konstanz in Radolfzell.

18. Juni: Freiburger FC — VfL Konstanz in Schwenningen.

25. Juni: Freiburger FC — FC Singen in Schwenningen.

Stuttgarter Kickers protestierten.

Die Stuttgarter Kickers haben gegen die Einstufung von Reutlingen und eines zweiten Vereins der Südzonen in die auf 18 Vereine erhöhte südwestdeutsche Oberliga protestiert. Die Kickers sind der Ansicht, daß bei einer nachträglichen Erhöhung der Oberliga, wie sie am letzten Samstag in Stuttgart beschlossen worden ist, auch den beiden Absteigern eine Chance hätte gegeben werden müssen und sie haben deshalb dem südwestdeutschen Fußballverband vorgeschlagen, zwischen den beiden Absteigern, Jahn Regensburg und Stuttgarter Kickers, und den neu aufgenommenen Vereinen der Südzonen Qualifikationsspiele austragen zu lassen.

Das neue Spielsystem

Es ist also nun doch so gekommen, wie es von Anfang an zu befürchten war, Der Egoismus und die unkameradschaftliche Haltung der Vereine der süddeutschen Oberliga, denen der Vorstand des SFV anscheinend völlig hörig ist, haben den Südwestdeutschen Verband dazu gezwungen, das ja doch nur „dekorative“ Band zum Süddeutschen Fußball-Verband zu lösen und einem tatsächlich bereits bestehenden Verhältnis auch die äußere Form zu geben. Die herzliche Verbrüderung in Bad Dürkheim war ein Theater und als es galt, den Spitzenvereinen der französischen Zone nun auch den Platz im neugebildeten SFV einzuräumen, der ihnen gebührt und den sie immer im Bereich des alten SFV gehabt haben, da zeigte man den Südwest-Vereinen die kalte Schulter. Der Südwestdeutsche Fußball-Verband wird den Schritt seines Vorstandes ganz gewiß billigen, während es noch fraglich ist, ob die Mehrheit der Vereine des Verbandes von Südbaden und Südwürttemberg damit einverstanden sein wird, daß seine Führer um zweier Plätze in der Oberliga und dreier Plätze in der fragwürdigen „2. Division“ willen den Bruderverband in der französischen Zone verlassen wollen.

Die zwei Plätze in der auf 18 Vereine vergrößerten süddeutschen Oberliga, die man der bisherigen Südliga eingeräumt hat, bedeuten natürlich nur eine befristete Konzession, denn in Stuttgart usw. rechnet man natürlich bestimmt damit, daß Reutlingen und Tübingen (bzw. Singen, Freiburg oder Konstanz) unter den vier Abstiegskandidaten sind und die Herrschaften von der südwestdeutschen Oberliga dann nach einem Jahr wieder ganz unter sich sind. Sollten die Anwärter auf die zweite Division — also voraussichtlich Singen, Freiburger FC und Konstanz — wirklich dort mitmachen wollen, dann werden sie ihr blaues Wunder erle-

ben. Diese zweite Division mit wahrscheinlich folgenden 18 Vereinen: Jahn Regensburg, Hof, Bamberg, Straubing, Wacker München, Ingolstadt, Kickers Stuttgart, Union Böckingen, Stuttgarter Sportklub (oder Ulm 94), ASV Durlach, Phönix Karlsruhe TSG Rohrbach (für Phönix und Rohrbach evtl. Neckarau und Pforzheim), Aschaffenburg, Wiesbaden, Hessen Kassel, Arheilgen (für Arheilgen evtl. 98 Darmstadt), Singen, Freiburger FC, Konstanz, wird für die meisten dieser „Zweitdivisionäre“ ein solches Flasko werden, daß sie sich bald nach den Fleischtöpfen der Landesliga zurücksehen werden.

VfR Pforzheim - Sportfreunde Stuttgart 2:2

Die Stuttgarter Sportfreunde gastierten am Sonntag beim VfR Pforzheim und trennten sich vom badischen Abstiegskandidaten nach ausgeglichenen Leistungen 2:2. In der 5. Minute brachten die Pforzheimer die Stuttgarter Sportfreunde durch Eigenter ihres Verteidigers Wasserbach in Führung. Mittelstürmer Schaible glich in der 16. Minute für Pforzheim aus. 12 Minuten später ging Pforzheim durch ein Tor von Kühle in Führung, die jedoch kurz vor Halbzeit von Stuttgart ausgeglichen werden konnte.

VfB Mühlburg und Phönix Karlsruhe Jugendmeister

Im Durlacher Turmbergstadion fanden die Endspiele um die badischen Jugendmeisterschaften der A-, B- und C-Jugend statt. Im ersten Spiel standen sich die B-Jugendmannschaften von VfB Mühlburg und TSG Rohrbach gegenüber. Die Karlsruher Vorstädter kamen hierbei zu einem klaren 2:0-Sieg. Anschließend besiegte die C-Jugend von Phönix Karlsruhe ihren Gegner Eppelheim mit 2:1, während im letzten Spiel der A-Jugendmannschaften VfB Mühlburg gegen TSG Rohrbach nach regulärer Zeit 2:2

spielte. In der Verlängerung war Mühlburg glücklicher und sicherte sich durch einen dritten Treffer die Meisterschaft.

FV Daxlanden — FV Lahr 6:0

Ohne Janda und Seitel hatte der Zonenligist gegen den Bezirksklassenmeister FV Daxlanden nichts zu bestellen. Vor der Pause hielten die Lehrer noch einigermaßen stand, so daß lediglich durch Burger und Gallus zwei Treffer fielen. Nach dem Wechsel waren die Gastgeber klar überlegen und stellten durch Müser (2), Gallus und Kühn den 6:0-Stand her.

Quer durch den Sport

Mühlburgs Handballer siegten in Odenheim 13:8

Die Spiele am ersten Junisonntag brachten mit dem 6:6 - Unentschieden des Spitzenreiters Oftersheim auf eigenem Platz gegen Hockenheim eine kleine Ueberraschung. Durch das Unentschieden liegt der VfB Mühlburg, der auch in Odenheim mit 13:8 Toren zu einem zahlenmäßig klaren Sieg kam, nach den Verlustpunkten am günstigsten.

Beiertheims Handballer unterlagen Lintfort mit 8:14

Die westdeutsche Handballspitzenmannschaft Tus Lintfort, die sich zur Zeit auf einer Reise durch Süddeutschland befindet, spielte am Sonntag in Beiertheim und schlug in einem technisch feinen Spiel den badischen Handballverbandsligisten sicher mit 14:8 Toren.

Frankreich sagte Teilnahme an der Fußballweltmeisterschaft ab

Der französische Fußballverband beschloß in einer Sondersitzung am Montag in Paris, auf die Teilnahme an den Fußball-Weltmeisterschaften in Brasilien zu verzichten. Damit verringert sich die Zahl der teilnehmenden Nationen auf 13.

Ruderregatta in Eßlingen

Am Samstag und Sonntag findet in Oberesslingen eine vom deutschen Ruderverband ausgeschriebene bundesoffene Ruderregatta statt, bei der 139 Boote aus 26 deutschen Rudervereinen aus Württemberg, Baden, Hohenzollern, Hessen, dem Rheinland und Westfalen starten werden. Unter den Teilnehmern befinden sich zahlreiche deutsche Meister.

Fellbacher Gewichtheber erreichten 4285 Pfund

In letzter Minute wurde der Kampf um die deutsche Gewichtheber-Meisterschaft zwischen Trier und dem SV Fellbach abgesetzt, da man sich auf eine Leistungsabnahme innerhalb des Verbandsgebietes einigte. Dabei erreichten die Gewichtheber von Fellbach im Vierkampf die Leistung von 4285 Pfund. Trier brähte bei seinem letzten Antritt 4160 Pfund zur Höchststrecke.

Badische Spitzschwimmer beim Lehrgang

Der deutsche Schwimmverband hat zur Aufstellung der Ländermannschaft, die am 8. und 9. Juli im Berliner Olympia-Stadion gegen eine schwedische Mannschaft antreten wird, sowie zur Vorbereitung auf die Europameisterschaften in Wien die besten Schwimmer aus Westdeutschland und Berlin zu einem Lehrgang in der Zeit vom 15. bis 18. Juni in Hannover eingeladen. Unter den 44 auserwählten Vereinen befinden sich auch der badische Doppelmeister im Brustschwimmen Heinz Dollinger (1. BSC Pforzheim), der schnelle Heidelberger Krauler Otto Reinhardt, und die dreifache Jugendmeisterin im Kraulschwimmen, Margarete Franken (ASV Agon Karlsruhe).

Vom Schwimmsport in Nordbaden

Bei einer Zusammenkunft der schwimmsporttreibenden Vereine des Kreises Karlsruhe wurde Hans Schneider (Freie Spiel- und Sportvereingung Karlsruhe) zum Kreisschwimmwart und Edgar Zimmermann (KfV 1846) zu seinem Stellvertreter gewählt. Die ersten Kreismeisterschaften im Schwimmen seit Kriegsende sollen am 9. Juli im Rheinhafenbad durchgeführt werden. Gleichzeitig ist ein Stromschwimmen im Rhein vorgesehen.

Lest, verbreitet u. abonniert

das

„Badische Volksecho“

Sporthaus W. Scheib

Sportartikel - Bälle - Sportbekleidung

Karlsruhe-Grünwinkel

Durmshheimer Straße b. Sinner

BUNTE SOMMERSTOFFE



AUS SEIDE

KUNSTSEIDE

ZELLWOLLE

BAUMWOLLE

SCHÖN UND PREISWERT

LEIPHEIMER & MENDE

ALLES ÜBERTROFFEN

Neue Schuhe billiger als Besohlung: Fabrikanten waren im Druck. Sie mußten verkaufen, nur so ist dies zu erklären!

Table listing various shoes and clothing items with prices. Includes categories like Damen-Leinen-Sommerschuh, Herren-Sommerhalbschuh, and Ranch-Jacks.

Das billige Warenhaus, Karlsruhe, Adlerstr. 33

zw. Kaiserstr. u. Markthalle Täglich geöffnet von 8-19 Uhr auch mittwochs